

Einmal wöchtl. Bezugspreis: für Mai 2,50 M. einschl.
Postablage: Angekündigt: Die 1. Gepl. Zeitung 30 M.,
Stellengebühr 20 M. Die Zeitung ist ab dem 29.
Millimeter breit, 1 M. Postablage für Schreib-
abholer 20 M., bei Überleitung durch die Post außerdem
Postablage. Einzel-Pr. 10, Sonntags-Pr. 15 M.
Geschäftlicher Teil: Josef Hoffmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Geschäftsführer, Druck und Verlag: Sächsische
Buchdruckerei GmbH, Dresden-A, 10, Schießstraße 48.
Kammel 1272. Postleitzahl Dresden 14707.
Bankamt Sachsen & Westfalen, Dresden.

Freitag, 29. Mai 1925

Im Falle höherer Gewalt erfüllt jede Beauftragung
auf Lieferung sowie Erfüllung von einzelnen Aufträgen u.
Lieferung von Schadensfall für unbestimmt u. d. Beruf
übermittelte Auslagen übernehmen wir keine Verant-
wortung. Unterliegt eingesandte und mit Rückporto
nicht versiegte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptredakteur: Dr. Josef Albert, Dresden.

SCHMIDER
G.m.b.H.
Dresden-A, Ziegelstr. 19



Fahrräder
erleichterte Zahlung

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-A, 16, Holzmarktstraße 40, Raumnummern 3272
und 3282.

Ein wichtiger Markstein

Die Entscheidung des Reichstages in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages stellt einen wichtigen Markstein in der gesamten inneren und äußeren Politik des Reiches seit dem Zusammenbruch dar. Mit diesem Vertrage wird praktisch in viel bedeutamerer Form als bei den bisher abgeschlossenen Handelsprovisorien die wieder verlangte Handelsfreiheit dokumentiert. Dieser Vertrag, der mit wirtschaftlichen Gründen ungemein schwer bekämpft werden kann und bekämpft werden ist, hat starke politische Hintergründe, die bei der Wertung des Problems an sich und seiner Rücksichten noch innen und außen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Das Wort: „Der König ist tot, es lebe der König!“ wird hier umgedeutet: Der Handelsvertrag mit Spanien ist geschlossen, und nun muß der Kampf gegen ihn aufgenommen werden, d. h. er muß, obgleich er als Grundlage angenommen ist, in seinen Originalstellen zugunsten Deutschlands in ganz erheblichem Maße ausgebaut werden. Erst jetzt beginnt der eigentliche Kampf, nicht allein um den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Spanien, sondern um die Handelsverträge schlechthin, die Deutschland zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Auslande unbedingt notwendig hat. Wir können in unserer Wirtschaft nicht zum Fortschritt kommen, solange wir keinen Wiederaufbau unserer Wirtschaft nicht vollziehen, wenn wir nicht aus der ganzen Linie zu endgültigen Handelsverträgen auf fester Basis kommen. Wie stehen ja doch Tag für Tag, daß trotz aller Mühungen es nicht gelingen will, die Wirtschaft in der wissenschaftlichen Weise in Gang zu bringen. Alle Maßnahmen verpassen in ihrer Wirkung schließlich, weil uns der Boden fehlt, auf dem wir uns frei und ungehindert bewegen können und weil wir es mangels vertragstechnischer Handels- und Verkehrsbeziehungen noch außen nicht zumgehen bringen, das Verhältnis zwischen Produktion und Absatz in einer, auch die deutsche Reichsfinanz- und Währungspolitik sichernden Form herzustellen.

Es ist etwas anderes, ob Verhandlungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen zwei Staaten gepflogen werden, nachdem durch Ablehnung eines Vertragsvorhabens überhaupt jede Grundlage fehlt, oder ob, nachdem dieser Vorschlag angenommen worden ist, auf seiner Basis und Ausnutzung seiner Bestimmungen, seiner Rechte und Vorteile in geordnetem Verlaufe der Kampf um das Definitivum aufgenommen wird. Die Reichsregierung verfügt also über viel bessere Möglichkeiten, nachdem sie jetzt ein Vertragsrecht geschaffen hat und es in der Wahrnehmung der Interessen ausüben kann. Es bestand bis vor kurzem ein Provisorium mit Spanien, wodurch bereits eine erhebliche Steigerung unserer Ausfuhr erzielt wurde. Als dann die schroffe Stellungnahme der Deutschen Nationalen im Ausschluß dahin ging, daß der Handelsvertrag abgelehnt werden müßte und er in diesem Ausschluß auch tatsächlich abgelehnt wurde, hörte sofort jenes Provisorium auf. Die kurzfristige spanische Einfuhr nützte vom selben Moment an die Vorteile aus und ihr gegenüber kam die deutsche Ausfuhr, die langfristig ist, überhaupt nicht mehr zur Geltung. So ist es zu verstehen, daß es große Kreise in Spanien gab, die gar kein Interesse am Abschluß eines Handelsvertrages haben, denen im Gegenteil ein Zolltarif sehr erwünscht wäre. Andererseits aber bestand gegenwärtig in spanischen Regierungskreisen noch ein gewisses Interesse, mit Deutschland in Verbindung zu bleiben. Die deutsche Regierung mußte diesen Moment ausnutzen. Sie hätte sich auch sonst wahrscheinlich den Weg für alle weiteren Vertragsverhandlungen mit anderen Märkten verbaute, weil sie bei Ablehnung des spanischen Vertrages in eine starke Vertrauenskrise hineingekommen wäre. So handelte es sich also darum, zunächst durch Annahme eines Vertrages ein Fundament zu schaffen, auf dem dann durch weitere Verhandlungen fortgebaut werden kann. Daß eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Not der deutschen Winzer durch den spanisch-deutschen Vertrag hervorgerufen wird, darüber war man sich klar. Aber die Reichsregierung erachtete diesen Zustand gegenüber den anderen bestimenden Momenten nicht als auschlagend und forderte die Annahme des Vertrages. Gleichzeitig aber machte sie es sich zur höchsten Aufgabe, dem Winzerstand und den durch die Annahme betroffenen Kreisen durch innerdeutsche finanzielle Maßnahmen so weit nur irgendmöglich zu helfen. Sie hat bereits verschiedene Schritte in dieser Richtung unternommen.

Die Entscheidung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag ist erst eine Einleitung. Sie bildet einen wichtigen Markstein in dem Streben Deutschlands, sich wieder einen Platz in der Welt zu erobern. Die Handelspolitik ist das Fundament der Wirtschaft eines Staates. Deutschland hat in unsäglichen Mühen die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft, die Festigung und Sicherung seiner Währung erfüllt. Und nun handelt es sich darum, auf diesem festen Grunde weiter zu arbeiten und der deutscherstellenden Arbeit den Weg auf die Weltmärkte zu bahnen. Wir sind uns klar darüber, daß wir noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden haben werden. Noch wirkt die Phasen von Verschärfung nach, die sich seitens unserer Gegner immer wieder dahin ausprägt, daß Deutschland den anderen Staaten die alleintige Preisbegünstigung zubilligen müsse. Man hatte es sich auf der Gegenseite wirklich sehr bequem gemacht, und nun muß man mit einem Male wahrnehmen, daß Deutschland sehr kräftig sich regt und reibt und als gleichberechtigter Partner, der auch wahrhaftig etwas zu bieten hat, anerkannt sein will.

Das ist der tiefe Sinn der nicht nur innen- sondern auch außenpolitisch sehr bedeutsamen Entscheidung im Reichstag. Wir stehen an einem Markstein, den zu sichern und zu veran-

Rheinland und deutsche Einheit

Adenauer vor dem deutschen Städtebund

Köln, 27. Mai. Im Gürtelring stand gestern abend zu Ehren des 10. Städtebundes ein Festmahl statt. Dabei sprach Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln,

ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus und begrüßte die Gäste, indem er u. a. ausführte:

„Sie kommen im Zeichen der rheinischen Jahrtausender. Diese Feier ist nach allem Deut der letzten Jahre, nach den wütenden Kämpfen, die wir um unsere Heimat zu bestehen hatten, ein aus der Tiefe des Herzens kommender Gefühlsausdruck, der elementare Ausdruck wälderländischer Heimatgefühle. Die Jahrestafer ist für uns eine von tiejem Ernst getragene Feier rheinischen Deutstums. Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland haben wir eben gesungen, Recht und Freiheit verlangen wir von Europa, verlangen wir auch von Amerika, dem die Geschichts eine Führung unter den Völkern der Erde zugewiesen hat. Einigkeit aber verlangen wir vom unbesieghen Deutschland. Wenn Deutschland sich nicht selbst hilft, wird ihm auch niemand helfen. Deutschland kann sich aber auf keinem anderen Wege selbst helfen, als auf dem Wege innerlicher Einigung und innerlicher Stärkung. Wenn das unbesieghen Gebiet doch eckante – wie im besiegten Gebiet sind die Erkenntnis viel näher –, daß nur dadurch auch dem besiegten Gebiete die Befreiung von den Ketten werden kann, die wir für ganz Deutschland tragen. (Beifall.) Diese Mauern haben im Wechsel der Jahrhunderter den Glanz des alten römischen Reiches deutscher Nation gelehnt. Sie haben seinen Verfall, sie haben Wiederaufstieg und wiederum Verfall, sie werden auch den neuen Wiederaufstieg sehen. Solange unter Dom, dieses Sinnbild deutscher Einheit, sich in den Wellen unseres heiligen Stromes spiegelt, solange glaube ich an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes, was uns die Zeiten auch noch schwere bringen mögen. (Lebh. Beifall.) – Nach der Rede

Oberbürgermeister Koch, Berlin,

das Wort und führte aus: „Im Innersten liebemegt, haben wir alle die Worte des Kölner Oberbürgermeisters gehört. Das war ein Beweis zum Deutshum, wie es unser Vaterland in diesem Augenblick gerade gebracht. Wir streiten, im

Innern zerissen, in Berlin um die Blaue der Parteiaffekt, hier am Rhein aber wartet man auf den Tag der Freiheit, fordert man die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes. Wogen alle Männer und Frauen, die in Berlin über die Geschichte unseres Vaterlandes beraten, Einheit halten und nicht fragen, was den Parteien im Einzelnen steht, sondern nur noch an die eine große Sache unseres Vaterlandes denken. – Der Medier schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Stadt Köln.

Räumung Kölns Ende September?

London, 28. Mai. Wie Reuter aus „autorisierten französischen Quellen“ erfuhr, werden die Deutschen imstande sein, wenn sie wollen (!), in wenigen Wochen das auszuführen, was in der Note über die Abrüstung verlangt wurde. Das Verzeichnis der Verschwendungen, das demnächst in Berlin überreicht wird, zeigt Deutschland, ohne Raum für Mißverständnisse zu lassen, was es noch zu erfüllen habe. Gewisse Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen (etwa 30-40 von einer Gesamtzahl von mehreren Tausend) müßten noch umgestellt werden. Reuter führt fort: Es ist bemerkenswert, daß unter dieser Zahl Krupp und die Spandauer Werke genannt sind, die nach Ansicht der Franzosen in kurzer Zeit umfangen sind, große Quantitäten von Kriegsmaterial herzustellen. Von französischer Seite werden ebenfalls ernsthafte Einwendungen bezüglich des zu großen Stabs der Staatspolizei und einer Anzahl untergeordneter Punkte gemacht. In bezug auf diese Angelegenheiten ist es nach französischer Ansicht möglich, daß Deutschland die in der Note gestellten Bedingungen bis Ende September erfüllen kann, was die Räumung der Kölner Zone zur Folge haben würde.

Gemäß den Vereinbarungen, die von Herricot und Theunis mit den Deutschen getroffen worden sind, wird das Muhr gebietet am 16. August geräumt und zur gleichen Zeit werden die Befestigungsgruppen aus den drei Städten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zurückgezogen, die eine Kategorie für sich gebildet haben. Diese Besetzung hat nichts mit der Kölner Zone zu tun und wird geräumt werden, da die Deutschen bereits gewisse Verpflichtungen des Dawesplanes erfüllt haben.

Marokkodebatte in der französischen Kammer

Sturmische Auseinandersetzungen

Paris, 28. Mai. Die Kammer hat gestern nachmittag die Abstimmung der vorliegenden Interpellationen betrifftend die Ereignisse in Marokko begonnen. Der Antrag des Publismus war außerordentlich hart.

Als erster Interpellant ergriff der Sozialist Menanbel das Wort, um die Regierung zu fragen, unter welchen Bedingungen die Regierung baldmöglichst den militärischen Operationen in Marokko ein Ende bereiten und den Frieden wiederherstellen würde. Die sozialistische Partei wünschte nicht, daß das Land in einen Krieg verwickelt werde, der lange dauern und dessen Ausgang unsicher sein könnte. Frankreich, das reich und mächtig sei, könne sich gehalten, Abb. el Krim zu Frieden über handzulegen zu veranlassen. Wenn man eine Operation größeren Stils einleiten würde, würde man vielleicht gezwungen sein, 200.000 Mann zu entsenden. Aber in einem Augenblick, in dem man genügt sei, 300.000 französische Arbeiter im Wiederaufbau zu beschäftigen, könne man sich nicht den Luxus erlauben, französisches Blut wegen Marokko zu opfern.

Zu einem Zwischenfall kam es als Menanbel gegen die Marokkopolitik des Kabinets Poynier protestierte. Maginot, der ehemalige Kriegsminister des Kabinetts, verlangte sofort das Wort, das ihm aber vom Kammerpräsidenten Herricot nicht erteilt wurde. Stattdessen unterbrochen wurde Menanbel von der Rechten, als er davon sprach, französische Truppen hätten offenbar ein wirtschaftliches Interesse am Marokkofeldzug. – Nach viel Leidenschaft wurde die Auseinandersetzung, als nach Ablauf der Kommunisten Herricot das Wort ergriff. Er wies der Regierung vor, daß sie das Land weg ihren Friedensverhandlungen in einen neuen Krieg geführt habe. Nachdem er auf den Kampf der Massen gegen die Spanier hingewiesen hatte, verlas er Dokumente, durch welche er zu beweisen sucht, daß Abb. el Krim bei Spanien und England Schritte unternommen habe, um den Krieg zu verhindern. Über diese Behauptungen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und dem Konservativen, als Herricot schließlich behauptete, die Soldaten in Marokko seien

des Krieges überdrüssig, kam es zu einer großen Protestabstimmung der Kammer. Über Torlot wurde die Zensur verhängt.

Die Abstimmung der Interpellationsdebatte über die Marokkfrage wurde auf Donnerstag verlegt.

Die Tagesordnung, die die das Kartell der Linken bildenden Parteien gegen Befestigung der Marokkodebatte einbringen werden und die Billigung der Regierung gefunden hat, besagt: Die Kammer ist entschlossen, die Sicherheit der französischen Truppen bei den durch die internationalen Vertretungen unter französisches Protektorat gestellten Stämmen zu gewährleisten. Sie wendet sich entschlossen gegen jeden Eroberungsgedanken, billigt die Erklärung der Regierung und bringt ihr das Vertrauen entgegen, den Frieden in Marokko herzustellen.

Überreichung der Kontrollnote für Mittwoch geplant

London, 28. Mai. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, wird die weitere Abhandlung des Kontrollnoten etwa folgenden Verlauf nehmen: Die Verhandlungen der Kommissionen werden am Freitag abgeschlossen, um offiziell festzustellen, ob Deutschland seine Befestigungsverpflichtungen erfüllt habe. Wenn die Feststellung befriedigend aussieht, werde die Botschaftskonferenz am Sonnabend zusammenkommen, um die Befestigung am Dienstag, über die man sich endgültig unter den Alliierten einigt habe, fertig zu stellen. Die Note werde dann, nachdem sie die endgültige Feststellung der Regierung gefunden habe, am Dienstag der nächsten Woche nach Berlin abgesandt und von den alliierten Botschaften unter Führung Lord Alvernoys am Mittwoch in der Wilhelmstraße überreicht werden. Ein Hindernis sei allerdings noch möglich, weil General Walsh auf die Einführung von 1.000 weiteren Verschwendungen nicht wichtig genug gehalten werden.

Reichskanzler Luther und der Reichsausßenminister Stresemann erschien in der Zentrumspartei und in der Deutschen Nationalpartei, ferner auch in der Fraktion der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, um die Ausfassungen der Regierung, die politischen und auch wirtschaftlichen Erwägungen, die sie zu ihrer Haltung bestimmt, zu vertreten. Es wurde dabei kein Zweifel gelassen, daß die Reichsregierung es für so wichtig ansieht, daß sie für den Fall der Ablehnung des Vertrages die Konsequenzen in bezug auf ihr Verbleben ziehen müsse. Die jetzige Entscheidung wird gerade auch hinsichtlich der Beziehungen der Regierungsparteien selber zur Regierung von weittragenden Folgen sein.

herrn im Interesse nicht nur der Weltpolitik des deutschen Volkes, sondern auch im Interesse der Existenzfähigkeit unserer Bevölkerung, wir das allerstärkste Interesse haben, hieran mitzuwirken wird Aufgabe aller derjenigen sein, die der engen Schicksalsgemeinschaft aller Schichten des Volkes sich bewußt sind und treuschaffend zusammenstehen wollen.

Die Abstimmung über den Deutsch-Spanischen Handelsvertrag sah kaum eine Partei in einheitlicher Front. Die Reichsregierung warnte die Spanier gegen die allgemeine Mühe gegeben, um für ihr Werk bei den Parteien zu werben. Der

Der Reichswehrminister über Deutschlands „Rüstung“

Die heutige Reichstagsitzung

Berlin, 28. Mai. (Drohtbericht.) Am Regierungstisch Reichswehrminister Dr. Gehler, Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung 11.30 Uhr. Zunächst werden zwei zurückgestellte Abstimmungen im Haushalte des Ernährungsministeriums in landwirtschaftlichen Fragen vorgenommen. Zur Annahme gelangen zwei Anträge Müller-Franken (Soz.) zum Zwecke der Erneuerung und Ergänzung von Schiffen der Treibstoffflotte eine Anleihe zu möglichen Zinsen in Höhe von 3 Millionen Mark zu gewähren.

Die Aussprache über den Haushaltspolitik des Reichswehrministeriums wird dann fortgesetzt.

Reichswehrminister Dr. Gehler ergreift dann sofort das Wort, weil, wie er erklärt, das Haus vor den Pflichten steht und er genau noch einmal vor einem größeren Haufe sprechen möchte. Es kommt in längeren Ausführungen auf die jetzige deutsche Wehrmacht zu sprechen und weist darauf hin, dass der Offiziersberuf in Deutschland wenig Reize bietet. Es sei sehr schwer, tüchtige Offiziere zu halten, weil die Verdienstmöglichkeiten sehr gering seien. — Die Ausführungen werden nur in den Grenzen des Verfassungsvertrages betrieben. Es sei richtig, dass die Reichswehr Gelder von Vaterländischen Verbänden angenommen habe, für Wohlfahrtsvereinigungen. In weiteren Berläufen seiner Ausführungen hebt der Minister hervor, dass man stets einer Abstimmung in der ganzen Welt eine standige Rüstung sehe. Die Rüstungen heute seien härter als 1914. Wenn die Rüstungen nach dem Versailler Vertrag nur dem Schutz der eigenen Grenzen dienen würden, sei nichts einzuhindern. Gegen einen vernünftigen Pazifismus habe niemand etwas zu sagen. Auch das Offizierskorps nicht. Die Politik der Reichsregierung sei friedfertig. Nur ein Verkünder könne in diesen Zeiten am Krieg denken. (Zustimmung). Auch der Reichspräsident, der doch ein militärischer Nachmann seines Angesetzen sei, habe sich in diesem Sinne ausgesprochen. (Die Sitzung dauert fort.)

Die betrogenen Sparer

Den sämtlichen Reichstagsfraktionen ging, wie man uns aus dem Reichstag mitteilt, je eine Abschrift folgender Eingabe des Reichsverbandes der Besitzer deutscher Anleihen, Eingetragener Verein, Sitz Hamburg, zu:

Hamburg, 22. Mai 1925.

An die Reichstagsfraktion der
Deutschnationalen Volkspartei,
Berlin (Reichstag).

Die Deutschationale Volkspartei hat im Wahlkampf Versprechungen gemacht in der Aufwertungsfrage, von denen wir annehmen müssten, dass sie auf Grund jüngstiger Studiums gemacht worden sind. Nach den eigenen Erklärungen der Deutschnationalen Volkspartei sind diese Versprechungen leichtfertig abgegeben worden.

Wir erklären deshalb hiermit, dass unsere Mitglieder niemals die Deutschationale Volkspartei gewählt hätten, wenn uns dies bekannt gewesen wäre. Eine Partei, die leichtfertig Versprechungen macht, die ihren eigenen Angaben nach nicht innig zu halten sind, kommt für unsere Mitglieder nicht mehr in Frage.

Nationale Interessen werden auch durch andere Parteien vertreten. Wir müssen daher die Wahl vom 7. Dezember 1924 für ungültig erklären.

Hochachtungsvoll
Reichsverband der Besitzer Deutscher Anleihen, Eingetragener Verein. Folgen Unterschriften.

Diese Eingabe spricht für sich selbst. Die Zentrumsfaktion hat sich jederzeit ernsthaft und eingehend mit der Aufwertung beschäftigt, sie hat es aber abgelehnt, unerschöpfliche Versprechungen zu machen, und sie hat lieber darauf verzichtet, Wählerstimmen zu gewinnen, als sich in einer Weise festzulegen, die nach der Meinung der Fraktion wirtschaftlich und finanziell nicht tragbar wäre. Deshalb können derartige Vorwürfe, wie sie in der Eingabe an die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei gerichtet werden, gegenüber dem Zentrum niemals erhoben werden.

Die Haltung der Deutschnationalen Partei in der Aufwertungsfrage hat bekanntlich den für den 7. Dezember eigens aufgestellten Aufwertungsfachmann Dr. Best veranlasst, aus der Deutschnationalen Partei auszutreten. Die Deutschnationalen Fraktion hat ihn daraufhin aufgefordert, sein Mandat niedezulegen. Daraufhin hat der Hypothekengläubiger- und Sparschuhverband folgendes Schreiben an Dr. Best gerichtet:

„Der Vertretertag des Hypothekengläubiger- und Sparschuhverbandes für das Deutsche Reich (Sparedbund), Berlin W. 66, Wilhelmstraße 48, 2, hat mit tiefster Enttäuschung von den Vorgängen Kenntnis genommen, die Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Best gezwungen haben, seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu erklären. Der Verband stellt mit allem Nachdruck fest, dass die Reichstagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei sich in schroffstem Gegensatz zu den vor den Wahlen gegebenen Versprechungen gestellt hat. Herr Dr. Best, der bis dahin jeder politischen Tätigkeit ferngeblieben ist, ist von der Partei als hervorragendster Vertreter des Aufwertungsgebündnisses und als Verfasser seines weitbekannten Gesetzentwurfs auf eine der ersten Stellen der Reichsliste gesetzt worden, und hat dadurch der Partei große Wählermassen aus allen Teilen des Reiches zugeschafft. Seine Wählerschaft nimmt für sich das Recht in Anspruch, über sein Mandat zu entscheiden. Sie allein, nicht die Fraktion, welche die bindenden Versprechen gebrochen hat, ist zu dieser Entscheidung berufen. Herr Dr. Best hat von Anfang bis zu Ende sein Mandat als unerschrockener Kämpfer in unanrüstbarer Treue und mit aufopferndster Hingabe ausgeübt. Der Verband dankt Herrn Dr. Best für

Die Annahme des deutsch-spanischen Vertrags

Stimmenthaltung der Sozialdemokraten

Berlin, 28. Mai. Der Reichstag schreibt gestern in später Abendstunde zur Abstimmung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag. Der Artikel 1 des Vertrages wurde in zweiter Lesung in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 96 Stimmen bei 98 Enthaltungen angenommen. Artikel 2 und der Rest des Gesetzes wurden bei schwachbeteiligtem Haufe ebenfalls in zweiter Lesung in einsamer Abstimmung angenommen.

Bei der dritten Lesung beantragte der demokratische Abgeordnete Korell namentliche Abstimmung, fand aber nicht die notwendige Unterstreichung. Somit wurde der Handelsvertrag in dritter Lesung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Bürglischen sowie kleinen Mindheitshäfen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten angenommen. Die Sozialdemokraten waren bis auf wenige Ausnahmen der Abstimmung ferngeblieben. Das Haufe verzog sich sodann auf Sonntagvormittag 11 Uhr.

Die gestrige Reichstagsitzung beschäftigte sich zunächst mit der zweiten Beratung des Steuerüberleitungsgesetzes. Bei dieser Aussprache richtete der sozialdemokratische Redner, Abg. Dr. Hirsch, heftige Angriffe gegen die Vorlage, die eine Aufrechterhaltung des in der Inflationsszeit durchgeführten Systems bedeutet, die schwächsten Schichten steuerlich am stärksten zu beladen. Auch der Abg. Dr. Fischer (Dem.) polemisierte lebhaft gegen das Gesetz. Die Regierung müsse schleunigst einen Gesetzesentwurf über die Veranlagung von 1924 einbringen. Gerade die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden hätten daran das größte Interesse.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.), bedauert, dass in der Steuervorlage den sozialen Gesichtspunkten nicht genügend Rechnung getragen worden sei. Andererseits sei es notwendig, das Steuerüberleitungsgesetz schleunigst zu verabschließen, um endlich der Wirtschaft die dringend notwendige Sicherheit zu geben. Eine Oppositionspartei habe es leicht, populäre Forderungen zu stellen, das Zentrum aber wolle weiter die Verantwortung darüber tragen, dass die Reparationsverpflichtungen erfüllt werden können. Das Kinderprivileg sei nicht in erster Linie aus wirtschaftlichen, sondern aus ethischen Gründen eingeführt worden. Das Existenzminimum bei der Lohnsteuer sei freilich für die großstädtische Bevölkerung zu niedrig, aber eine Erhöhung sei leider jetzt noch nicht möglich.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Bürglischen angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Zentrum

des gesamte Jahresauskommen aus der Lohnsteuer so lange auf 1,2 Milliarden zu beschränken, wie das neuere Existenzminimum nicht auf 100 Mark monatlich erhöht werden kann.

Gegen 7 Uhr abends begann die zweite Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages. Bei dem Beginn der Beratung gab der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz namens der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, die im wesentlichen folgendes besagt: Die hinter der Regierung stehenden Parteien sind der Überzeugung, dass in dem vorliegenden Handelsabkommen mit Spanien nicht das erreicht ist, was für die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft notwendig ist. Diese Vereinträchtigungen sind für unsere Wirtschaft geradezu unerträglich. Unter Erwägung aber der politischen Momente, die dafür sprechen, insbesondere keinen vertraglosen Zustand mit Spanien einzutreten zu lassen und daher das Abkommen nicht abzulehnen, sind die in der Regierung vertretenen Parteien bereit, wenn auch unter Überwindung schwerster Bedenken, dem Abkommen ihre Zustimmung zu geben.

Der Redner der Sozialdemokraten, Abg. Dr. Hilserding, erklärte, die Sozialdemokratie sei sachlich für den deutsch-spanischen Handelsvertrag, aber sie denkt nicht daran, der Reichsregierung das zu opperten, wozu die Deutschnationalen als Regierungspartei keine Lust hätten. Deutschland müsse eine Handelspolitik treiben, die hinauslaufe nicht auf eine Förderung der schwerindustriellen Kartelle und der Landwirtschaft, sondern auf eine Förderung unserer Fertigwaren- und Exportindustrie. Deutschland sei mehr als ein anderes Land berufen, die Offensive gegen die protektionistische Handelspolitik mancher Staaten zu eröffnen. — Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) warf den Sozialdemokraten Inkongruenz vor. Abg. Meyer (Dem.) erklärte für die Mehrheit seiner Partei, dass sie für den Antrag stimmen würde. Im Gegensaite dazu polemisierte der Abg. Kroll (Dem.) sehr heftig gegen den Vertrag.

Reichsaufgabenminister Stresemann erklärte im Namen der Reichsregierung, dass sie bereit sei, alsbald nach der Annahme des Vertrages in neue Verhandlungen mit Spanien einzutreten. Die Reichsregierung werde sofort eine Kreditaktion und weitere Hilfsmassnahmen für die Winger in Angriff nehmen, deren Interessen durch den Handelsvertrag bedroht seien.

Die Abstimmung, die nach Schluss der Aussprache erfolgte, war um 11 Uhr nachts beendet. Auf der Tagessordnung der heutigen Sitzung steht der Reichswehrhof.

seine mannsche, charakteristische Haltung den wärmsten Dank aus und fordert von ihm, sein Reichstagsmandat unter allen Umständen beizubehalten.

Inzwischen ist von einem Ehrengericht, dem auch ein deutschnationaler Abgeordneter angehört, das Verhalten Dr. Bests als einwandfrei erklärt worden.

Barmalaußschüsse

Der sächsische Untersuchungsausschuss für die Barmalaußschüsse vernahm gestern den Staatsbankpräsidenten Degenerhardt, der ausagierte, dass die sächsische Staatsbank zweimal zu Barmat in Beziehungen getreten sei, aber nur auf kurze Zeit. Das erste Mal sei das an Barmat gelehrte Geld pünktlich zurückgezahlt worden, beim zweiten Mal sei überhaupt kein Geschäftsaufschluss gestanden gekommen. — Der frühere Wirtschaftsminister Schwarz erklärte, die Verluste bei den Barmalaußschüssen seien durch Preistrückgänge und fortgesetzte Dollarankünfte zu erklären. Nehmliche Verluste seien auch bei Geschäften mit anderen Firmen eingetreten. Die Geschäfte mit Barmat seien stets durch das Amt und nie persönlich von ihm abgeschlossen worden. Schwarz stellte ferner fest, dass er persönlich niemals von Barmat Zuwendungen erhalten habe. Barmat habe allerdings für das Kinderheim 1920 250 000 Mark und 1922 für das Lustbad in Heidenau 75 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Der Barmalaußschuss des Reichstages beschloss, dass die Vernehmung Rüttgers und Julius Barmat mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand der beiden durch den Vorsthenden des Ausschusses erfolgen soll. Ministerialdirektor Kauh erklärte als Zeuge, er habe niemals miteinander oder unmittelbar dazu beigetragen, dass Barmat von der Staatsbank Gelder bekam. Bankrat Heinze sagte aus, bis zum Frühjahr 1924 seien alle Geschäfte mit Barmat ordnungsgemäß abgewickelt worden. Erst später seien Bedenken entstanden.

Der preußische Untersuchungsausschuss für die Barmalaußschüsse erörterte gestern die Sache Berlin-Burg. Es erfolgte eine Gegenüberstellung des Zeugen Abg. Heilmann (Soz.) mit dem Zeugen Oberfinanzrat Dr. Hellwig. Hellwig bestreit, Barmat zu dem verhängnisvollen Berlin-Burg-Aufschluss veranlaßt zu haben. Hellwig berief sich demgegenüber auf Mitteilungen von Direktor Schöffer und Frau Barmat, die das Gegenteil besagen. Der ehemalige Präsident der preußischen Seehandlung von Dombolt suchte das Verhalten seiner Untergenannten Hellwig und Rüttgers zu rechtfertigen. Beide hätten Barmat und Rüttger für äußerst Zahlungsfähige halten müssen. (1) Graf v. d. Goltz, der als Zeuge vernommen wurde, bestreit, dass ein Empfehlungsschreiben für Rüttger unterzeichnet zu haben.

Kriegsbeschädigensfürsorge

Berlin, 28. Mai. Der Reichstagsausschuss für die Kriegsbeschädigensfürsorge trat gestern nach längerer Pause zum ersten Male wieder zusammen, nachdem inzwischen ein Umlaufschluss geprüft hatte. Es wurde beschlossen, die ganze Kriegsbeschädigensfrage noch vor den Sommerferien zu erledigen. Mit dem Haushaltsausschuss sollen die Verhandlungen aufgenommen werden.

Die internationale Arbeitskonferenz

Gera, 28. Mai. Die Internationale Arbeitskonferenz legte gestern die Diskussion über den Tätigkeitsbericht von Albert Thomé fort. Der erste Redner Dr. Pfeiffer, Direktor des eldgenossischen Arbeitsamtes und Chef der schwäbischen Delegation, betonte, die Regierung der Schweiz hätte bis jetzt an der Diskussion nicht teilgenommen, weil die Schweiz ihre Stellung zum Washingtoner Übereinkommen offen und klar zum Ausdruck gebracht habe. Die schwäbische Gesetzgebung habe die 48-Stunden-Woche in der Industrie bereits verwirkt. Wenn die Schweiz trotzdem das Übereinkommen von Washington nicht ratifiziert hat, so ist das hauptsächlich mit Rücksicht auf Kleinbetriebe und sodann mit Rücksicht auf die Elternabnahmen geschahen

Nach dem schweizerischen Regierungsvorsteher erklärte der französische Arbeitsminister Durafour, in Frankreich sei das Prinzip des 8-Stunden-Tages durch das Gesetz vom 24. Mai 1919 eingeführt worden. Die französische Regierung habe die Kommission eines Gesetzvorlagen unterbreitet, welche die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den 8-Stunden-Tag bewirkt. Nach Durafour sprach der italienische Regierungsvorsteher De Michelis. Er erinnerte daran, dass Italien bereits das Washingtoner Übereinkommen über den 8-Stunden-Tag ratifiziert habe, jedoch unter der Bedingung, dass es erst in Kraft trete, wenn die hauptsächlichsten Industrieländer Europas sowie die Italiens umgebenden Länder es ebenfalls ratifizieren.

Hierauf sprach der deutsche Arbeitgebervertreter, Delegierter Vogel. Er berichtete, dass die Verlängerung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Unfallhäufigkeit mit sich bringe. Außerdem könne er an Hand von offiziellen Angaben nachweisen, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verminderung der Produktion mit sich bringe.

Nach Vogel betonte der polnische Arbeitsminister und Regierungsvorsteher Sokal, dass die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Österreichisch-russischer Zwischenfall

Wien, 28. Mai. Der Nationalrat verhandelte über eine dringliche Anfrage der Sozialdemokraten wegen der Rede des Außenministers Dr. Mataja über die inneren Verhältnisse Sonderrepublikens. Bundeskanzler Dr. Ritter erwiderte, dass diese Rede keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Staates darstelle. Er habe daher keinen Anlass, bei dem Außenminister zu intervenieren.

Gestern erschien beim Außenminister Mataja der russische Geschäftsträger, um die angehändigte Verbalnote der Sonderrepublik zu überreichen, die Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Norwegische Hilfsexpedition für Almudsen

Oslo, 28. Mai. „Gjøaars Tidende“ erzählt aus Spitzbergen, an Bord der Schiffe der Expedition warte man mit steigendem Interesse auf Almudsen. Sollte er bis Freitag nicht zurückkehren, so ermächtigt man, Hilfe von außerhalb herbeizurufen. Das Wetter hat sich bedeutend gebessert. Auf Nord-Spitzbergen ist Sonnenchein und steigende Temperatur. Der Verteidigungsminister Jacobsen erklärte Journalisten, dass die Situation jetzt derart sei, dass die nötigen Vorbereitungen augenblicklich in Angriff genommen werden müssen, um für eine etwa erforderliche Hilfeleistung bereit zu sein. Der Statthalter werde auf den Polarstationen untersuchen lassen, ob zwei Flugzeuge mit einem Kriegsschiff nordwärts geschickt werden können. Die Flugzeuge werden nicht bis zum Pol geflogen werden, sondern in großen Bogen bedeutende Strecken absuchen und so verhältnismäßig große Möglichkeiten haben, die Flieger zu finden, falls diese nicht allzuweit von Spitzbergen herabgegangen seien sollten.

Die Fahrermäßigung für Jugendwanderer

Berlin, 28. Mai. Der Verkehrsrausschuss des Reichstages befaßte sich gestern mit der Heraufsetzung der Ermäßigung der Personenfuhrpreise für Jugendwanderer und ähnliche Vereine. Er nahm dabei einen Zentrumsantrag an, dass die Fahrdienstpreise für solche Wanderungen wieder auf den früheren Stand der Ermäßigung von 50 v. H. gebracht werden müssen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten für den 28. Mai abends bis 29. Mai abends: Vorübergehend Regen, dann wechselnd bewölkt, mögliche Südwestliche Winde.

Vortragsfolge des Leipziger Sängers

Freitag, 29. Mai.

4,30—6,00 nachm.: Konzert der Haushoppele.
6,30—7,00 nachm.: Vesperproben aus den Neuerscheinungen auf dem Buchermarkt.

Dresdner Abend.

7,00—7,30 nachm.: 3. Vortrag des Bundes Deutscher Architekten, Dresden. Architekt Kurt Bärig: "Wie baut ich mein Haus".
7,30—8,00 nachm.: Weber-Abend. Vortrag Dr. Hans Volkmann: "Carl Maria von Weber".

8,15 nachm.: Musikalische Darbietungen und Recitationen. Mitwirkende: Kammerjäger Georg Zottmayr, Dresden, das Dresdener Streichquartett (Frischke, Schneider, Kipphahn, Kropholler). Am Klavier: Theodor Blumer.

1. Weber: Trio für Violine, Cello und Klavier, op. 63. 1. Allegro moderato, 2. Andante espressivo, 3. Scherzo, Schäfers Klage, 4. Finale Allegro. (Schneider, Kropholler, Blumer.)

2. Weber: Lieder. a) Ariette des Eremien aus "Freischütz"; b) Meine Lieder, meine Sänge; c) Sonett; d) Ariette des Ambrofio aus "Dieci Pintos". (Georg Zottmayr, Theodor Blumer.)

3. Weber: Klavierquartett für Klavier, Violine, Viola und Violoncello, op. 8. 1. Allegro, 2. Adagio ma non troppo, 3. Menuetto, 4. Finale, Presto.

Schluss 10,15 Uhr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen.

Arbeiterfragen im Thüringer Landtag

Weimar, 28. Mai 1925.

Gestern vormittag wurden die Anträge der Linksparteien über die Durchführung des Achtstundentages beraten. Von der Regierung wurde betont, daß die schematische Durchführung der Forderung unmöglich sei. Das Dauergesetz forderte verlängerte Arbeitszeiten, die Zeiten einer Hochkonjunktur müßten daher möglichst vollkommen ausgenützt werden, um die unvermeidlichen Abgaben leisten zu können. Die Aussprache umfaßte nicht nur reichswirtschaftliche Fragen. Die Redner der Linksparteien bemängelten in der Haupttheorie das Auktions- und Prämienystem sowie die vielfach unter der Drohung der Betriebsstilllegung erzwungene Arbeitseinsatzverlängerung.

Unter näherer Darlegung von Einzelvorherschiffen wurde ferner über Nichtbeachtung der Schiedssprüche und der gesetzlichen Vorschriften über den Arbeitsschutz lebhaft Klagen geführt. Der Abgeordnete Dr. Dinter (Platz) hält die Forderung auf Durchführung des Achtstundentages mit wenigen, streng zu prüfenden Ausnahmen für durchaus berechtigt. So gar das Dauergesetz schafft als Grundlage für die Schärfung der deutschen Leistungsfähigkeit eine achtständige Arbeitszeit vor. Andererseits könnte er das Prämienystem nicht verworfen. Als wichtigste Grundlage aber bezeichnete er eine Entlohnung der Arbeitnehmer, die eine bessere Lebenshaltung zuläßt. Unter diesen Voraussetzungen sei der Arbeiter auch in der Lage, in achtständiger Arbeitszeit ein Höchstmaß von Arbeit ohne gesundheitliche Schädigung zu leisten. Neben dieser Möglichkeit bleibe ein beratliches Verhalten der Arbeitgeber auch noch die Aussicht, das Gefühl der Volkgemeinschaft mehr als bisher zu wecken, so daß die Hoffnung auf eine einheitliche Haltung aller Volksrichten gegenüber unseren äußeren Feinden wieder berechtigt sei.

Die Aussprache wird heute Donnerstag fortgesetzt.

Das Sächsische Sängerbundestest

Dresden, 28. Mai. Die Vorbereitungen für das 1. Sächsische Sängerbundestest nähern sich ihrem Ende. Alle Ausführungen sind in siebenter Tätigkeit. Die große Sängerhalle hat in einigen Proben bereits den Beweis einer vorsprünglichen Akustik geliefert. An dem zu veranstaltenden Festzug werden sich annähernd 700 Vereine beteiligen, darunter auch die akademischen Sängerkapellen Sachsen in voller Würde. Aus verkehrstechnischen Gründen mußte der Zug in zwei Teile geteilt werden. Am Sachsenplatz werden beide Züge zu gleicher Zeit einzutreffen und dann nebeneinander zur Zeltbühne marschieren. Am 20. Juni nochmals 5 Uhr findet das erste Festkonzert statt, dem sich ein Kommers in der Sängerhalle anschließt, und am Sonntagnachmittag 11 Uhr die große Massenaufführung in der Sängerhalle. Am Montag treten die Sänger nochmals zu einem Konzert an und für Dienstag sind Ausflüge nach Meißen und der Sächsischen Schweiz geplant.

Sport

Rennen zu Dresden.

Der Dresdner Rennverein beendet mit den am Pfingst-Sonntag und Dienstag stattfindenden Rennen seine erfolgreiche Frühjahrsrennzeit. Der Rennsport ruht dann in Dresden bis Ende August. Das Programm sieht sich ausschließlich aus Flächenrennen zusammen, die sich am Pfingst-Sonntag um das "2000-Rennen" (Ehrenpreis und 12 000 Mark, 2000 Meter) am Dienstag um den "Sommer-Ausgleich" (Ehrenpreis und 5000 Mark, 1600 Meter) gruppieren. Der zweite Tag weist außerdem im "Preis der Dreifährigen" (Ehrenpreis und 5000 Mark, 1900 Meter) eine weitere bedeutende Entscheidung auf. Insgesamt sind für die 14 Rennen 56 800 Mark und zahlreiche der in Dresden sehr geschmackvollen und wertvollen Ehrenpreise und Andenken ausgeworfen worden.

Dresdner Börse

Einleihen in Milliarden Proz., mit einer in Millionen Proz.

Deutsche Staatspapiere

Bank-Aktien

Papier-, Papierstoff-, u. Photo- - Aktien-Aktien

Wertbeständige Anleihen im Billionen Wert

Eisenbahn- und Transport-Aktien

Spezial- u. Spez.-Aktie

Bet. Aktie, Bef. Aktie

Die 2. Haager Friedenskonferenz, Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Gesle Hälfte des 23. Bandes der neuen Fülle der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Von Bernhard Scherfseifer.

1905. Die Erfahrungen der Ersten Haager Friedenskonferenz waren nicht gerade dazu angelegt, zu einer Wiederholung zu reizen. Hatte sich doch bei diesem ersten, von Rußland initiierten Versuch mit voller Deutlichkeit herausgestellt, daß es nicht möglich war, auf dem Wege der Konferenzbeschlüsse starken und selbstbewußten Staaten politische Bindungen aufzuzwingen, die ihnen aus irgendeinem Grunde lästig erschienen oder gezeigt waren, das gegenseitige Stärkeverhältnis der Mächte zu verschlieben. Die politischen Ereignisse in den Jahren nach der ersten Friedenskonferenz hatten in dieser Hinsicht überall eine britische Stimmung ausgelöst. War es der oberste Kriegsgeist, der nicht nur Klugheit, sondern auch Macht genug besaß, um den Sieg der gerechten Sache streitenden Staaten aufzuzeigen?

Ein günstiges Ergebnis, aber doch nur ein Teilergebnis der Ersten Haager Konferenz war es zweifellos gewesen, daß der internationale Schiedsgerichtshof etwas an Boden gewonnen hatte. So erwies es sich denn im Sommer 1904 als möglich, einen Teil der deutsch-englischen Gegensätze durch ein Schiedsabkommen zu beseitigen. Die erste Anregung hierzu ging von einem Bericht des deutschen Gesandtschaftsträgers in London, Grafen Bernstorff aus, den dieser im April 1904 erstattete. Die deutsche und die großbritannische Regierung erklärten sich in einem Schiedsabkommen vom 12. Juli 1904 als Mitunterzeichner des am 29. Juli 1890 im Haag geschlossenen Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle bereit, Streitfragen und Streitfragen, die sich auf die Auslegung der zwischen den beiden vertragsschließenden Teilen bestehenden Verträge bezügen, dem ständigen Schiedsgericht im Haag zu überweisen, sofern sie nicht auf diplomatischem Wege ihre Erledigung finden könnten. Ausdrücklich wurde dabei vorausgesetzt, daß solche Streitfragen nicht „die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragsschließenden Staaten berührten und nicht die Interessen dritter Mächte angehen“ durften.

In Amerika, wo man den Abschluß des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und England zum Teil als eine Friedensbündnis mit Freude begrüßt hatte, war gleichfalls Neigung vorhanden, einen solchen Vertrag mit Deutschland abzuschließen. In diesem Sinne äußerte sich Präsident Roosevelt im Oktober 1904 zu dem deutschen Gesandten Fr. Speck v. Sternburg. Der Schiedsvertrag wurde denn auch am 22. November 1904 in Washington unterzeichnet.

Im Frühjahr 1906 begann im englischen Parlament ein lebhafter Sturm lauf gegen das Befürworten der Bündnis. Im Unterhause wurde die Regierung von den Liberalen bedrängt, auf der nächsten Haager Konferenz die Frage einer internationalen Rüstungsbeschränkung über die allgemeine Verringerung der Rüstungen zur See und zu Lande in ihr Programm aufzunehmen. Damals hatte sich gerade England durch den plötzlich in Angriff genommenen Bau seiner Dreadnoughts auf lange Zeit hinaus einen Vorsprung gesichert, der seine Flotte eine bisher nicht vorhandene Überlegenheit verlieh. Es war daher für die englische Regierung damals verhältnismäßig leicht, den Wünschen des Parlaments ein gewisse Entgegenkommen zu zeigen und eine nicht weitere Ausdehnung des Flottenprogramms zu versprechen, während die Armee nur organisatorisch vervollkommen werden sollte. Tatsächlich beantragte die englische Regierung im Juni 1906 eine gewisse Verminderung ihres Flottenprogramms. Gegen diese zeigte aber bald in der öffentlichen Meinung Englands ein scharfer Sturm lauf ein.

In die damaligen Beziehungen England und Deutschland füht uns ein Bericht des Admirals v. Tirpitz vom 12. Januar 1907 ein (Dokument Nr. 7779), den er über einen ihm erlaubten Besuch des englischen Marineattachés Comander Dumas an den Reichskanzler Fürsten Bismarck erstattete. Der Engländer war offenbar im Auftrag des Lords Fisher zu ihm gekommen und hatte den Wunsch geäußert, sich über die Beziehungen Englands zu Deutschland offen auszusprechen zu dürfen. In London sei ihm immer die Ansicht entgegentreten, daß Deutschland (v. Tirpitz) die Absicht habe, England zu überfallen.

* Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. 4. Reihe: „Die Isolierung der Mittelmächte.“ Zweite Abteilung: Band 22 bis 25. Im Verlage der Deutschen Verlags-gesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin B. 8.

In Deutschland aber heile es immer, daß England und im besonderen Lord Fisher einen Überfall auf Deutschland planten. Lord Fisher habe ihm nun versichert, daß er an etwas Derartiges gar nicht denke; er habe natürlich für die Sicherheit seines Landes zu arbeiten, das sei ja aber selbstverständlich. Der englische Militärratgeber rechte an, ob es nicht möglich sei, daß die Lords der Admiraltät sich zur Verteilung oder wesentlichen Verminderung des gegenseitigen Mächteverhältnisses einmal persönlich aussprechen. Die Kieler Woche würde dazu eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten.

Tripitz ging auf dieses Anerbieten in der Unterhaltung zunächst nicht ein und betonte nur, es gäbe auf der ganzen Welt keine einzige Frage, die uns zu einem aggressiven Vorstoß gegen England veranlassen könnte. Die in Deutschland vielfach herrschende Besorgnis, von England überfallen zu werden, wäre bei der großen Konzentration der englischen Streitmacht in der Nordsee viel eher zu verhindern. Der sich sehr oft ausprechende Militärratgeber führt darauf aus, daß die urrechtsfähigen Kreuze in England die Möglichkeit einer Abrüstung nicht als vorhanden betrachten. Tropitz aber würde die englische Regierung einen dezentralen Abrüstungsantrag stellen. Tripitz wies darauf hin, daß das Vorbringen eines Abrüstungsvorschlags von England in dem Augenblick, wo es sich mit Frankreich und Japan verbündet und eine gewaltige Flotte in der Nordsee konzentriert müsste.

Fürst Bülow ging auf den Gedanken einer Aussprache des Admirals v. Tirpitz mit den britischen Lords der Admiraltät gar ein, wenn er auch die Kieler Woche als hierfür nicht geeignet ansah.

Je mehr die Frage der Abrüstung in die öffentliche Diskussion Englands rückte, um so stärker trat, besonders in Frankreich und in England, der Widerstand gegen diese Utopie" hervor. Am 25. April 1907 kritisierte z. B. der "Daily Telegraph" mit ziemlich scharfen Worten die Absicht der englischen Regierung, den Abrüstungsvorschlag vor der Haager Konferenz zur Sprache zu bringen. Es sei doch schwer miteinander zu vereinigen, führte er aus, wenn einerseits der Kriegsminister auf eine Verbesserung des englischen Heeres hinarbeitete und der Erste Lord der Admiraltät erklärte, daß die Herrschaft zur See erforderlich sei für den Bestand des britischen Reiches, andererseits aber die englischen Delegierten beauftragt würden, andere Mächte zur Einschränkung ihrer Rüstungen aufzufordern. Deutschland sei völlig berechtigt, den englischen Friedensbestrebungen nicht zu trauen, wenn England gleichzeitig erkläre, daß es unter allen Umständen, ob mit oder ohne Abrüstung, die Verteidigung zur See haben müsse (Dokument Nr. 7786).

In London wies der deutsche Gesandtschaftsträger v. Summa in einer Unterredung, die er im Mai 1907 mit Sir Edward Grey über die Abrüstungsfrage hatte, darauf hin, wenn England plötzlich neue Schiffstypen nach Art des "Dreadnoughts" einführe, dann sei auch Deutschland naturgemäß gezwungen sein Schiffbauprogramm entsprechend zu ändern, da andernfalls die deutsche Flotte aus minderwertigem Material bestehen würde. Als der deutsche Gesandtschaftsträger Graf Metternich am 31. Mai 1907 wiederum über die Haager Konferenz sprach, bemerkte Sir Edward Grey, er habe mit der Anregung der Rüstungsfrage begreift, daß die Mächte sich gegenseitig im voraus ihre Flottenprogramme mitstellen, so daß jeder mügte, was er sei, und keine Macht ohne Kenntnis über die Absichten der anderen unnoth Rüstungen vornehme. Graf Metternich erwiderte, dieser Wunsch sei deutscherseits erfüllt, denn Deutschland habe durch sein Flottenprojekt den Inhalt und Umfang seiner Seerüstungen öffentlich festgelegt. Auf der englischen Seite hingegen bestreite durch die Geheimhaltung der Pläne der Dreadnoughts und Invincible-Klasse in dieser Beziehung ein gewisser Doppelz.

Unter diesen Verhältnissen war es schon vor Beginn der Konferenz klar, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte sich in der Rüstungsfrage, besonders hinsichtlich der Seerüstungen, die größte Mühseligkeit auferlegen würden. Jeder Staat schenkt sich Bindungen einzugehen, die ihn mit der Vertretung seiner nationalen Interessen nicht vereinbar schien.

Die erste Hälfte des 23. Bandes der Großen Aktenpublikation gibt uns ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, die schon vor der Belebung der Konferenz — in den Jahren 1904—1906 — und so in während der unmittelbaren Vorbereitungsperiode zu überwinden gewesen sind. Schon im Oktober 1904 fragte die russische Regierung vertraulich in Berlin an, wie man dort zu einer angewickelten von Washington aus zu erwartenden Einladung zu einer Wiederholung der Haager Friedenskonferenz Stellung nehmen würde. In Deutschland war man damals nicht geneigt, sich an einer solchen zu beteiligen, falls es sich etwa mit dem russisch-japanischen Kriege beschäftigen und ihn

durch eine von den streitenden Parteien nicht gewünschte Vermittlung zu beenden trachtete. Solange der Krieg dauerte, hielt hauptsächlich Rußland die Konferenz für unangebracht, ein Standpunkt, den auch die meisten anderen Mächte teilten.

Nach Herstellung des Friedens zwischen Rußland und Japan nahmen im September 1905 die Vereinigten Staaten den Konferenzgedanken wieder auf. Präsident Roosevelt wünschte jetzt dem Zaren in dieser Sache den Vorstoß zu überlassen. Nunmehr lud die russische Regierung im September 1905 zur zweiten Haager Friedenskonferenz ein. Auf den Wunsch der Amerikaner mußte der Beginn der Konferenz aber auf das Jahr 1907 verschoben werden. Die Großenküste hatten dadurch Zeit, ihre auf der Konferenz vorzubringenden Wünsche diplomatisch und sachlich auf das Sorgfältigste vorzubereiten.

Über den Verlauf der zweiten Haager Friedenskonferenz werden wir nun durch eine Reihe bisher unbeschriebener Berichte des Deutschen Ersten Delegierten, Botschafter Arth. v. Marchall, unterrichtet. Die Besprechungen begannen am 15. Juni 1907 und schritten langsam vorwärts. „Wir können“, berichtete Fürst Bülow am 26. Juli 1907 an den Kaiser, „auf den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit Besiedigung zurückblicken. Wie mir bekanntgeworden ist, haben wiederholt ganz unparteiische Beratern, die im Haag gewesen sind, und in Mitgliedern der Konferenz nahe Beziehungen unterhielten, herzugehoben, welch verzöglichen Eindruck die deutsche Delegation und ihre geistige Befordernis für die Aufgaben der Konferenz allfällig gemacht haben.“ An eigenwilligem Sinne vorbereitet, berichtete Marchall, seien anischer Deutschland nur Frankreich, England und die Vereinigten Staaten nach dem Haag gekommen. In einem abschließenden Bericht vom 21. Oktober 1907 betonte Marchall die Wichtigkeit der im einzelnen geleisteten Arbeit, behauptete aber den Titel „Friedenskonferenz“, denn mit dem Worte „Frieden“ sei der Konferenz ein Programm gestellt gewesen, das überall und zu allen Zeiten völlig undurchführbar sei.

Über die Einzelheiten der Verhandlungsgebiete auf der Konferenz, die Rüstungsbeschränkung, die Schiedsgerichtsfrage und das Seebundrecht, werden wir durch die Akten der zweiten Hälfte des 23. Bandes unterrichtet.

Reichsbahngeflecht und Beamtenwahl

Vom Gemeinschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten wird uns geschrieben:

In den letzten Wochen sind verschiedenartige Meldungen in der Presse aufgelaufen, die von einer schwierigen finanziellen Lage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft berichten. Es sei bereits ein in die Hunderte Millionen gehendes Niedergangsjahr vorhanden. Weiter sei bereits ein Abschluß mit einer internationalen Gesellschaft vorgesehen, der den Verkauf eines Teiles des Wagenparks der Reichsbahn zum Inhalt habe. Es seien außerdem Bestrebungen im Gange, sämtliche Schlafwagen der Reichsbahn in Wagen und Betrieb der "Mitropa" (Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft) zu überführen. Dieser Verkauf sei bereits im Oktober 1924 vereinbart worden. Nach Ansicht der maßgebenden Kreise des Verwaltungsrates der Reichsbahn sei die abgelehnte Erhöhung der deutschen Gütertarife doch nicht zu umgehen usw.

All diese Angriffe richteten sich in erster Linie gegen die Person des Generaldirektors Oefter, den man für die angebliche Wahrhaftigkeit bei der Reichsbahnverwaltung verantwortlich macht und dessen derzeitige Verlaubung man mit einer Wissenszuverlässigkeit im Verwaltungsrat der Gesellschaft in Zusammenhang bringt. Von anderer Seite wird behauptet, Herr Oefter sei deshalb vom Verwaltungsrat fallen gelassen, weil er einen allzu personalfreudlichen Haltung bringend verdächtig sei. Überallrum wird auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß mit der Stellvertretung des Generaldirektors nicht sein fassungsloser Vertreter, sondern der Vertrauensmann des internationalen Treuhänders Herr Staatssekretär a. D. Dr. Süder beauftragt worden ist. Daran wird gefolgt, daß der seit jetzt amtierende Generaldirektor seine Stellung in der Gesellschaft der Verzettelung durch den Treuhänder anzusehen hat. Die Reichsbahngeflecht-Gesellschaft ist noch längst Schwierigkeiten aller diesen Angriffen und Vermutungen durch eine offizielle Prokura entgegengestellt, die versichert, daß die finanzielle Lage der Reichsbahn nicht so trostlos sei, wie das von einer Berichtung Oefters überhaupt keine Rede sein könnte, auch nicht, wie gewisse Meinungen verlauten ließen, durch die ausländischen Kommissare.

Es soll hier nicht untersucht werden, wie weit die über die ungünstige Lage der Reichsbahn verbreiteten Gerüchte, die hauptsächlich infolge der Beschlagnahmezeit vom 1. Mai in Umlauf waren, auf Wirklichkeit beruhen. Man kann aus trotz der Versicherungen der Gesellschaft, ihre finanzielle Lage sei nicht mehr so trostlos, zu der Meinung kommen, daß die von Jahr zu Jahr wachsende Reparationspflicht, die auf dem Unternehmen lastet, ungemein schwer zu tragen sein wird. Über den unver-

... „Ich will — Weiß Er eine zuverlässige, brave Person von gutem Stand, wo man das arme Geschöpf hingeben könnte?“

Der Präsident starrte die Kaiserin an: „Majestät?“

„Ach?“ Unfähig kühl und höflichst hob Maria Theresa die Brauen.

„Die Person hat Pero Majestät ver-wünschen, gelüstet, Majestät. Sie ist die direkte Ursache am Morde des Ilan Gabor, Majestät.“

„Ich habe Ihnen nicht ersucht, meine Minnie auf Ihre Be-rechtigung zu prüfen“, kam es schief zurück. „Es muß für ihn genügen, wenn ich wünsche.“ Also: weiß Er niemand?“

„Wünsche zu prüfen?“ dachte verwirrt der Graf. „Wenn ich diese Wünsche nur begriffe! Erst ihre Alleration, ihr Ent-scheiden, absolut keine Gnade — item das Todesurteil. Und nun? Keine Degradation, christliche Beiseitung, entzieht das Geschöpf in Pflege zu einer Frau von Stand geben? —“

„Er weiß niemand? Nun ich werde mit dem Kaiser darüber reden.“

Dem Präsidenten wankte der Verstand. „Mit dem Kaiser darüber reden? — Ja, war er denn wehmütig? Die Kümmerer, die Bogen, die Bedienten, alle haben doch. Ihr am Schätzloch gehabt, welche Szene am Vorabend mit dem Kaiser war um die Begnadigung. Alle haben geschworen, es sei ein völliges Zusammenspiel zwischen Ihrer Majestät und seiner Majestät. Was nun? —“

„Adieu, Graf Sellern, Er kann gehen! Aber ich geb' Ihnen einen guten Rat: denk' Er nicht zu viel nach, es kommt nichts dabei heraus.“

Ganz verblüfft entfernte sich der Graf.

Maria Theresa nahm einen angelegten Brief aus der Tasche; sinnend überlas sie das Geschriebene: „Mein lieber Sohn, ich war im Begriff, selbst zu Ihnen zu kommen, Sie zu informieren und dieser grausamen Situation ein Ende zu machen; aber ich neigte lieber die Füße. Mein Herz ist zu geprägt, um sich klar und ohne Bitterkeit ausdrücken zu können. Entschieden uns waltet ein grausames Mißgeschick. Mit dem besten Willen vermögen wir uns ständig aufs härteste. Ich darf wohl sagen daß ich mich sechzehn Jahre nur mit Ihnen beschäftigt habe, jedoch und zwanzig waren glücklich, was ich von der Begegnung nicht sagen kann. Ach, ich bin zum Unglück geboren und reise die mir, die ich liebe — —“

Die Kaiserin ließ das Blatt sinken.

Halblaut wiederholte sie: „Ich bin zum Unglück geboren und reise die mit mir, die ich liebe.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Soldaten der Kaiserin

Roman von Juliane von Stochau

(91. Fortsetzung)

„Ja, Herr Kaiser.“ Und sie reichte ihm lächelnd, stolz lächelnd, ihre beiden Hände.

Da lachte Jules: „Siehe, Mädchen, ich beuge mich, deine treuen und harten Hände zu küssen.“ Und er tat so. Leicht lehnte ihr Küsser am Kugel des Pferdes. Sie sah ihn lächelnd an.

Das Kind der Anna Maria von Haydt und des Trenk — das Kind Maria Theresa.

In den schwüngigen Gärten rührte leise der Wind, und Seele rührte an Seele.

„Leb' wohl!“ Gewaltig sah sich beherrschend, rückte der Kaiser sich auf.

„Leb' wohl, Herr Kaiser! Leb' wohl!“ Sie trat zurück.

Die Peitsche sang. Hart griff der Hengst aus und brach durch den golden wellenden Wald.

Anufiske sah ihm nach. Ihre Augen waren blind von Tränen.

Grün und golden vom Widerschein des Lichtes rann das Wasser in die Brunnenhöle.

O Wasser der Liebe,
Wasser des Todes!

Vor der Kaiserin stand Graf Seilern.

Majestät,“ er sprach voll erregter Besorgnis, „bedenken Majestät! Der kostbare Leben. Wenn diese Drohungen — —“

„Der Mensch ist gewiß ein Narr oder rasend,“ sagte Maria Theresa ruhig. „Solang die Sach' nicht wichtiger ist, soll Er sich nicht erregen. Er hat mich schon öfters in Jahren, wo noch etwas an mir lag, mit Attentatsideen ins Vorhorn jagen wollen. Wenn man dann dazu gefräht hat, war immer nichts. Wahrscheinlich, Graf, Neuerungen, die der Schmerz einem Menschen erpreßt, gelten nicht. — Wer hofft?“

„Es ist der Herr Hofrat von Polch, Majestät. Er kommt wegen der Antwort an den Kurier von Mohoni.“

„Trotz Er ein, Polch. Ich habe dem Mohoni geschrieben — voila, das Billett. Mohoni hätte sich den Kurier ersparen können.“

Majestät,“ Polch lächelte sein, „die Frau Prinzessin von Sturken liebt die Amulette und hat all ihren Glauben an den Stein gehängt, den einmal eineonnee Ronne Dero Majestät sandte.“

Maria Theresa lachte; fletsch war dies Lachen in ihrem vergrämten Gesicht.

„Ich erinnere mich an den Stein sehr wohl, den mir in gewiß zehn oder zwölf Schwangerschaften dieonnee Ronne geschenkt hat. Er ist aber nie weiter gekommen als zum oberen Gang, in den Kosten der Kammerfrau. Es weiß, ich hab' nie auf solch Sachen gelaugt. Um der Klosterfrau eine Freude zu machen, hat man ihr den Stein immer erst nach meiner Niederkunft zurückgebracht. Item, ich hab' Mahoni das nämliche geraten.“

„Untertänig dankt, Majestät.“

„Es verundert mich oft,“ lachte Maria Theresa fort, „an welche Dinge der Mensch seinen Glauben hängt; an allerhand Heiligkeiten und Mirakel. Also ob es nicht genau Wunderbares in der Natur selbst gäbe! Aber wenn man ihnen einen Vorstell vortäuscht, gehen die Menschen so leicht auf den größten Unfuss, wie Bienen in den Honig. Alles Bosheit oder Interesse?“

Mit trüben Augen sah die Kaiserin auf die Männer zusammen und gab sie Seilern. Als der sich schon zum Gehen wandte hielt sie ihn noch einmal zurück:

„Die Exekution ist heute abend?“

„Sehr wohl, Majestät.“

meidlichen Zusammenbruch der Reichsbahn schon vorher zu reden, dürfte aber am allerwenigsten Aufgabe derjenigen sein, die den festen Willen haben, mit dem Mittel der Ausführung des Dawes-Planes, das dem deutschen Volke aufgebürdet Wiedergutmachungslast abdragen zu helfen.

Zu denjenigen Schichten der deutschen Bevölkerung, die einen besonders großen Teil dieser Last auf ihre Schultern genommen haben, gehört ohne Zweifel das gesamte Personal der Deutschen Reichsbahngesellschaft, insbesondere deren Beamtenchaft. Denn gerade die Reichsbahnbeamtenchaft hat durch die Annahme der Dawesgesetze, insbesondere durch den § 24 des Reichsbahngesetzes, eine starke Durchlässigung ihres bisherigen Beamtenrechts erfahren und mühte weiter erleben, daß durch Maßnahmen der Verwaltung in willkürlicher Anwendung dieser Gesetze, bezw. durch ihren offenen Bruch das Recht der Reichsbahnbeamten immer weiter abgedrangt würde von dem Recht der Reichsbeamten.

Die Reichsbahnbeamtenchaft hat durch ihre beruflichen Organisationen gegen das Blöß der Minderung ihrer Rechte Einspruch erhoben und verfügt, durch Einbau von Sicherungen in die Personalausordnung die Gefahr des völligen Abbaues ihres Berufsbegrenzung zu verhindern. Eine solche Verhütung schien ihr als im wohlverstandenen Interesse des Reiches liegend, dessen Einfluß auf die Reichsbahngesellschaft in lebendiger Form nur noch durch die staatstreue und mit den Interessen des Reiches verbundene Beamtenchaft zum Ausdruck kommt, da die Dawesgesetze eine andere unmittelbare Einwirkung auf das selbständige Unternehmen Deutsche Reichsbahn nicht erlaubten. Deshalb muhte das Reich in dem Schutze des Berufsbeamteniums bei der Reichsbahngesellschaft eine Art Selbstschutz erblitten, und es hat auch an wohlwollenden Sicherungen hoher Reichsstellen gegenüber der Beamtenchaft nicht gescheit.

Wenn trotzdem die Reichsbahngesellschaft in ihrer Personalpolitik sich unentwegt über die Reichsbahngesetze, ja sogar über ihre eigene Einführungsvorschriftung zur Personalausordnung hinwegsetzt, wie das möglich geschicht durch Rücküberführung von Beamten in Arbeitnehmerhansis, die Verschlechterung der Ueberführung in den einstweiligen Ruhestand, Fortsetzung des Abbaues und die Verschlechterung der lebensfähigen Anstellung gegenüber den Reichsbeamten, so scheint daraus deutlich eine andere Auffassung über den Wert des Berufsbeamteniums hervorzugehen, als sie im Reichsinteresse wünschenswert ist. Hierfür ist die ungerechte Urlaubsvorschrift für die Reichsbahnbeamten, die gegenübert den vergleichbaren Reichsbeamten bis um 7 Tage schlechter gestellt wurden, ein besonders krasser Beweis gewesen.

Es ist kein Wunder, daß ein solch starker Mangel sozialer Verständnis seitens der Reichsbahngesellschaft nicht geeignet ist, das Interesse einer wirklich rationalen Betriebsführung unentbehrliche Vertrauenshansis zwischen Personal und Verwaltung herzustellen. Was die Beamtenchaft betrifft, so hat sich durch ihre Abkehr von der politischen Phrasé und die Bereitschaft zu erkennen gegeben, an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Unternehmens und damit des Vaterlandes mitzuwirken. Das Verblüffende erzeugende Vorgehen der Reichsbahngesellschaft gegen die loyale Beamtenchaft ist nicht geeignet, die staatsbürgliche Gesinnung der Reichsbahnbeamten für die Prosperität des Unternehmens Deutsche Reichsbahn nutzbar zu machen.

Für den Zweck, den lebenswichtigsten Betrieb der Deutschen Reichsbahn vor Erhütterungen zu bewahren, kann es wohl kaum ein ungeeigneteres Mittel geben, als gerade eine Verschärfung der Beamtenchaft, von deren Gesamtheit der ungeliebte Gang des komplizierten Apparates abhängt. Noch dünkt der große Eisenbahnbeamtenstreit vom Februar 1922 unvergessen sein, der in Wirklichkeit alle Räder zum Stillstand brachte und der deutschen Volkswirtschaft zweifellos einen enormen Schaden verursachte. Will man solche Gefahren in Zukunft vermeiden, so kann das nur dadurch geschehen, daß man die Reichsbahnbeamtenchaft ihre besondere Verbundenheit zum Dienst an der Allgemeinheit nicht durch Minderung ihrer Rechte, sondern durch verständige Stützung der Idee des modernen Berufsbeamteniums mehren läßt.

Sollte die derzeitige Verwaltung, bzw. der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft aus irgendwelchen Gründen nicht geneigt sein, einer gewissen idealen Berufsauffassung der Reichsbahnbeamtenchaft Rechnung zu tragen, so wird dieser nichts anderes übrig bleiben, als der Appell an Reichsregierung und Parlament. Das Reich wird mit allen Mitteln seinen Einfluß auf die Reichsbahngesellschaft geltend machen und nach Möglichkeit verstärken müssen, damit nicht reine Kapitalinteressen fremder Machtgruppen über den nationalen Gedanken des deutschen Berufsbeamteniums ungestört den Stab brechen können. Dazu würde vor allem die Aufnahme mindestens eines Personalvertreters in den Verwaltungsrat und die Schaffung einer zweiten Instanz in Beamtenfragen über den Verwaltungsrat als Erfolg den durch die Reichsbahngesetze ausgeschalteten Reichstag notwendig sein.

Mögen die Gerüchte über die prekäre finanzielle Lage der Reichsbahn positive Unterlagen haben oder nicht, feststeht, daß die Frage der Erhaltung des Berufsbeamteniums oder seiner Befestigung damit nicht das Geringste zu tun hat. Zwar heißt es bereits, die Gesellschaft habe die Übernahme der Pensionslasten auf das Reich verlangt, aber für solche Notwendigkeit, falls sie wirklich vorhanden ist, kann man keinesfalls die Beibehaltung der Beamtenchaft verantwortlich machen. Diese Beibehaltung ergibt sich als Staatsnotwendigkeit. Hierfür wird das Reich zu Opfern bereit sein, die aber nicht in der bloßen Übernahme von Pflichten — wie zum Beispiel der Pensionslast — bestehen dürfen, die vielmehr eine Stärkung des Reichseinflusses auf die Reichsbahngesellschaft mit sich bringen müßten. Hierbei könnte zum Beispiel an die Übernahme der Vorzugsaktien

Canisius' Heiligsprechung in St. Peter

Rom, den 25. Mai 1925

Eine gewaltige Menschenmenge wogte an diesem Frühlingsmorgen seit den frühesten Morgenstunden nach St. Peter, Einheimische und Pilger, vor allem die Tausende von deutschen, holländischen und schwedischen Pilger, welche alle drei den neuen Ehrenbürger des Himmels als den ihrigen betrachten. Alle drei jetzt getrennten Nationen haben in der Tat ein Anrecht auf diesen Mann, dem das katholische Deutschland das Halbthalb an dem Glauben seiner Väter verdankt, das alte heilige römische Reich deutscher Nation, das im Geburtsjahr noch alle drei Länder umfaßte, so daß der neue deutsche Heilige geradezu als Vertreter und Symbol des großdeutschen Gedankens aufgefaßt werden kann.

In der Tat umfaßte der Wirkungskreis Canisius' das ganze Deutschland von der Elbe bis an den Welt und von der Maas bis an die Memel. Geboren als ältester Sohn des Bürgermeisters der freien Reichsstadt Almaz, erhielt er seine Erziehung in Köln und Mainz, wirkte nach seinem Eintritt in den Jesuitenorden in den verschiedenen Ländern schließlich zu Freiburg im Breisgau, der jüngsten schwäbischen Kantonshauptstadt und Sitz der katholischen Universität des Schwels, wo er vor dem Hochaltar der Nikolauskirche begraben liegt.

Fast die meisten größeren Plätze des damaligen Deutschlands bewahren Erinnerungen an das Wirken dieses zweiten Apostels Deutschlands. Kein Wunder daß alle deutschen Diakone im Petersdom hörbar waren, und die Kardinal- und Erzbischöfe von Köln, Wien und München herbeigeeilt waren, um an diesem Jubileum des katholischen Deutschland in Rom teilzunehmen, zu welchen sich auch Altreichskanzler Marx gesellt hatte, der ähnlich wie einst Canisius in den sozialen des sechzehnten Jahrhunderts, in unseren Tagen die religiösen Güter auf dem Gebiete der Schule und der Gelehrtengabe im zusammengebrochenen Deutschland gewahrt hat.

Wie oft mag Canisius diese selbe, damals noch halbfertige Peterskirche betreten haben, um sich nach seinen Besprechungen mit Gregor XIII. Trost im Gebete an der Brust des ersten Papstes zu holen, wo jetzt, nach fast 400 Jahren seine Heiligsprechung erfolgte. Canisius war — ein zweiter Paulus — immer unterwegs zwischen Deutschland und Rom, wo er mit den großen Männern der katholischen Reformation verkehrte und sich Rot holte, mit Ignatius von Loyola, seinem geistlichen Vater, mit dem Philipp Neri, dem Apostel Roms, mit Baronius. Hier prüfte ihn Ignatius, indem er ihn in das Spital der Unheilbaren, um Krankenkleide zu tun, schickte, hier gründete er mit Unterstützung der Päpste der Gegenreformation das noch blühende Collegium Germanicum, das seinem Orden anvertraut blieb und unschätzbares Gut für Heranbildung des pflegerischen Nachwuchses und die Erhaltung des katholischen Glaubens in Deutschland geleistet hat.

Diese und ähnliche Gedanken zogen an unferem Geiste vorbei, als wir den Einzug Pius XI. in St. Peter erwarten. Schon erlöst das majestätische „Tu es sacerdos Magnus“ von den Sängern angestimmt, die draußen in Bernini gewaliger Vorhalle die Ankunft des Papstes begrüßen, welcher sich zuerst in die Sakramentskapelle begibt, um vor dem Allerheiligsten seine Andacht zu verrichten und dann die „Sedis Gestatoria“ befeigt, um allen Gläubigen sichtbar im Mittelschiff der Kirche zu erscheinen. Jubelnde Ewige und Hohe begrüßen den Statthalter Christi, der nach allen Seiten mit der ihm charakteristischen langsamem und feierlichen Handbewegung die wohl 50 000 jubelnde Menschenmenge segnet. Die silbernen Trompeten der Bläser begleiten den Einzug mit den feierlichen Akkorden des Papstmatthes von Siveri, der manchmal kaum den Jubel dieser tausendköpfigen Schar zu überlören vermugt.

Dann beginnt die feierliche Handlung der Heiligsprechung, welche mit uralt symbolischen und an das alte Testament und die christliche Frühzeit anknüpfenden Gestüchen und Zeremonien begleitet ist. Auf die Anrufung der Heiligen in der Allerheiligenianer folgt Anrufung des Heiligen Geistes im „Amen Creator Spiritus“. Dann, nachdem der Potulator oder Beantrager der Heiligsprechung — im Falle des seligen Canisius der Jesuitenorden — zum dritten Male seine Bitte „instantissime“ wiederholt hat und das Teudem angestimmt worden ist, spricht der Papst von seinem unter der „Cathedra Petri“ aufgestellten Throne — „ex cathedra“ — die Heiligsprechung aus, welche durch Megaphone in der ganzen Kirche jedermann deutlich hört. Die Silbertrompeten und die Orgelklänge vereinigen sich nun mit dem tausendfältigen Klange aller Glöckner der Ewigen Stadt, jubelnd der Welt die Ehrengabe des Mannes verkündend, dem Deutschland die Erhaltung des katholischen Glaubens verdankt: ein ergreifender Augenblick, voll von gesichtlichen Erinnerungen.

der Reichsbahngesellschaft, an welche Sahungsgemäß vier Sätze im Verwaltungsrat gebunden sind, in Erwähnung gezozen werden. Es würde dann auch möglich sein, daß vom Geiste aus endlich die notwendige Vertretung des Personals im Verwaltungsrat gezeigt würde.

So kann sicher heute noch nicht davon gesprochen werden, daß außerdeutsche Einflüsse in der Verwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Oberhand haben. Um so bedauerlicher ist die ablehnende Haltung der im Verwaltungsrat vertretenen und zweifellos maßgebenden deutschen Wirtschaftskreise gegen das Beamtenium. Es muß Aufgabe des Reiches sein, diejenigen Kreisen begreiflich zu machen, daß die Personalpolitik eines

Dann beginnt die Papstmesse, wo im „Conitio“ der neu Heilige zum ersten Male angerufen wird, und wo beim Offertorium jene metawürdigen Opfergaben dargebracht werden, deren Symbolik deutlich an das alte Testament erinnert, vor allem das Paar Turteltauben und die beiden Könige mit den Vogeln, von denen die ersten die Treue und die letztere die Himmelsreise des Heiligen symbolisch darstellen.

Am ergreifendsten ist der Augenblick der Heiligen Wandlung, denn dann das Kommando der Schweizergarde „In glorioch!“ erlöst ist. Die Fünfzigtausend knien nieder und nach einem Moment lautloses Stille bei der Konsekration erhebt von der Kuppel Michelangelo der Chor des Silbertrompeten, welcher für die meisten unsichtbar, fast wie eine „vox coelsti“ von der Höhe kommend die laute Menge im Raum hält. — Langsam geht die heilige Handlung ihrem Ende entgegen, welche mit dem päpstlichen Segen schließt, den Pius XI. mit klarer und auch ohne das etwas nachdrückende Megaphon, welches an den Bronzefäulen des Berninischen Altarbladys umgebracht war, verständlichen Stimme auspricht.

Dann ordnet sich der päpstliche Zug von neuem dem Ausgang zu, mit dem altertümlichen Pompe, der für den päpstlichen Hof charakteristisch ist: Geistliche und weltliche Kostüme aus allen Zeitaltern, oft auch in historischer, wenn auch umgekehrter Reihenfolge, wie bei den religiösen Orden, die mit den Kapuzinern beginnen. Es folgen dann die langen Reihen der mittelalterlichen Orden, Dominikaner, Trinitarier, Franziskaner, Karmeliter, Augustiner in ihren farbenreichen Trachten bis auf die schwarzen und weißen Benediktiner und lateranischen Chorherren. — Dann kommen die Bischöfe, Patriarchen und Kardinäle, alle mit weißer Mitra und liturgischen Gewändern italienischen Stils in weicher Farbe und schließlich der Heilige Vater selber auf der „Sedia Gestatoria“, von 8 kräftigen Palafreieren in roten Dalmatikostümen auf den Schülern getragen, gefolgt von den riesigen beiden Staufendienstwölbeln. Vor und hinter ihm die bunte — fast in ihrer Lebhaftigkeit „historischen“ Erneuerung durch den Obersten Repond zu bunten Landsknechttrachten der Schweizergarde, welche Raphael zugeschrieben wurde. Dann schwarz gekleidete Kammerdiener und Kammerherren in spanischer Tracht mit weißer Halbkrause, prächtige Kostüme im Stile des Zeit Heinrich II.

Noch ehe die Klänge des Papstmatthes in der Vorhalle verklingen, bricht nun mit elementarer Gewalt aus Tausenden deutscher Leibnern jener heilige Choral hervor, der sich unserem Vater als edelster Ausdruck seines religiösen und mystisch-hedonistischen Empfindens immer wieder auf die Lippen drängt, wenn die Belehrung es mitreicht: „Großer Gott, wir loben Dich!“ Als ich ein altes bayrisches Mütterchen, dem ich auf meinen Sitz verholfen hatte, zum Schlusse fragte, was ihr am meisten gefallen, meinte sie treuerherzig: „Das Bild war das Schönste! —

Der nordische Pilgerzug

Rom, Ende Mai 1925.

Zum ersten Male seit 400 Jahren befindet sich wieder ein standhaftes Pilgerzug in Rom, der, 500 Teilnehmer stark, unter Leitung seines Bischofs öffentlich unter Weinen und Singen schwedischer und dänisch-nordwegischer Pilger die vorgeschriebene Kirchenreise vertritt.

Die Schweden haben seit den Zeiten ihrer Heiligen Königin Brigida hier ihre Nationalkirche mit Dolpis an der piazza Santa Maria in Trastevere und die Norweger ihre Olafskirche in S. Maria Transpontina und die Norweger ihre Olafskirche in S. Carlo ab Ambrosio al Corso haben. Die heilige Schwanja, die katholisch gewordene Tochter Gustav Adolfs, welche sich nach ihrer Bekehrung hier zurückgezogen hatte, aber mit königlichem Panzer in der heiligen Villa Cortona am Tiber wohnte, steht dem Schwedenkönig für Kraft und Weisheit am meisten in Erinnerung. Sie war auch Gründerin der Akademie „Arabia“, der berühmten Schule während seines Romaufenthaltes anzuhören.

Die Norweger hatten auch der Brust Papst Hadrians IV. in den Grotten von St. Peter einen Schmuck ab, des einzigen englischen Papstes, welcher vor seiner Wahl päpstlicher Ordinariuslegat in Rom gewesen war, als solche außordentlich legendär dort auf dem Gebiete der Volksaufklärung und des inneren Friedens geweilt hat, sodß ihm im vorigen Jahre die Königliche Norwegische Akademie der Wissenschaften eine Denkmäler an seinem Grabe aufstellen ließ.

Die Schweden wohnten am Himmelfahrtstage der Heiligsprechung des großen katholischen Reformators der nordischen Länder, Petrus Canisius, bei.

gemeinnützigen Betriebes nicht vom Standpunkt des privaten Unternehmers betrachtet werden darf, dem allzu leicht egoistisches Gewinnstreben das Gesetz des Handels ist. Deshalb muß durch Förderung oder Ergänzung der Reichsgelehrte dafür gesorgt werden, daß die im besonderen Staatsinteresse wirkende Reichsbahnbeamtenchaft wieder angenähert wird, oder daß zum mindesten Sicherungen geschaffen werden, daß durch Umwandlung der Beamtenposten in Arbeiter- und Angestelltenposten nicht das Berufsbeamtenium bei der Reichsbahn schließlich bestellt wird. Auf diese Weise wäre es am besten möglich, dem Reich denjenigen Einfluß auf die Reichsbahngesellschaft zu verschaffen, den es im Interesse der Volksgemeinschaft notwendigerweise haben muß.

Apparate konstruiert, um das Gift aufzutrennen. Da dieser Apparat am füheren angebracht ist, kann der Führer die Bestreunungsrichtung selbst und leicht bedienen. Diese giftstreuende Flugzeuge bewegen sich in 15—30 Meter Höhe über dem Eboden, wobei das Giftpulpa wölkenartig entweicht und wie Staub oder die Vegetation niedersiebelt. Die Insekten, welche die so bestreuten Pflanzen kosten, gehen also bald zu Grunde. Man kann in einer Stunde 24 000 qm bestreuen. Die Versuche ergaben, daß die Bestreuerung der Felder durch Flugzeuge billiger ist als von der Erde aus, und zudem geht es schneller.

Das landwirtschaftliche Kommissariat beabsichtigt, im vierzehnjährigen Entwicklungsperiode der heutigen drei Flugzeuge nach Oststaaten und Kuban zu senden. Im Herbst vorherigen Jahres wurden 2 Millionen Tanap (gleich 120 Millionen qm) von den schädlichen Insekten heimgesucht. Tropenwald viele hunderttausend Menschen und Soldaten begegnen lämpfen, wurden doch 400 000 Tanap (gleich 24 Millionen qm) Acker und Feld verpestet.

Wenn die Benützung der Flugzeuge gegen die für die Landwirtschaft schädlichen Insekten in großem Umfang angewandt wird, wird der russische Staat jährlich ein paar Millionen Kuben ersparen.

Horben mischen. Für das ungeübte Auge sind die verschiedenen Arten der Knabenkräuter schwer zu unterscheiden, da die Farbe nicht ausschlaggebend ist. Auf keinen Fall dürfen darum die Knabenkräuter gepflückt werden, da einige Arten außerordentlich selten sind und nur wenige, eng begrenzte Standorte besitzen. Die Orchideen sind leider somit schon sehr im Zurückgehen begriffen, da sie die Kultivierung des Bodens nicht vertragen. Be- oder Entwässerung sowie Düngung vernichten ihre Dosenbedingungen. Darum kann man Orchideen auch nicht in Gärten ziehen. Wer sie trocken pflegt, erlebt an ihnen keine Freude. Rasch verfällt die Blume, wie es uns das Mächen von den Blütenseen erzählte. Weiß bringt man den Strauß nicht bis nach Hause. Als Schenke der Wiesen möchte sie aber keiner mischen, der sie an Orchideenwiese vorüberwanderte.

Auf den höher gelegenen Wiesen sprout je eine Blütenblattgewächse mit sehr feinzelten, gewürzhaften Blättern und welligen, niedrigen Blütenköpfen, die *Vaccinium uliginosum* (Meum alpinum), die eine Charakterpflanze des Erzgebirges darstellt, aber auch auf die Lausitzer Blätte herübergreift. Aus dieser niedrigen Gesellschaft erhebt sich fast zwischen den Blütenköpfen der *Trollius europaeus*. Sappeln nennt sie der Erzgebirger. Zu erkennen ist diese Pflanze nicht. Die meist grundsätzlich Blätter sind handförmig im 3 bis 5 Blätterzettelteilt, die wiederum eingekerbte sind. Auf dem Ende des wenig beblätterten Stengels erhebt sich die fast kugelige, große hellgelbe Blüte, die aus 10 bis 15 gerüschen Blütenköpfen gebildet wird. Der Anblick von Trollblumenwiesen macht den, der die Natur nur Sonntags genießen kann, froh und fröhlich. Es wird dringend gebeten, diese Wiesen unberührt zu lassen. Zwar ist die Blume nicht selten dort, wo einmal ihre Standorte sind, aber sie ist seltener geworden als früher. Es ist leider früher in geradezu unheimlicher Weise gewühlt worden. Jeder Spaziergänger war froh darauf, mehrere große Bündel der Blume gepflückt zu haben. In der Erkenntnis der Tatsache, daß der Reis der gelben Wiesen arg gefährdet war, ist es seit zwei Jahren verboten, Trollblumen zu pflücken, ebenso dünnen Orchideen nicht mehr gepflückt werden. Beide Pflanzen würden mit ihrem Aussterben den Reis des Meisterwiesen mit sich nehmen.

Gebirgsweien!

Jetzt beginnen allmählich unsere Erzgebirgsweien ihren bunten Schmuck anzulegen. In den Quellgebieten der Gebirgsbäche fallen durch ihre tiefblaue Farbe die Knabenkräuter auf, die stellenweise größere Trupps bilden. Auf schlanken Stengeln wiegt sich eine Blütenkrone mit wunderlich geformten Blüten, an denen besonders eine dreiteilige Lippe mit einem oft doch nach außen gerichteten Sporn und ein kleiner aus Blütenblättern gebildeter Helm aufstehen. Die oft braun gefleckten Blätter umhüllen schalenartig den unteren Teil des Stengels. Die Blüten der Knabenkräuter, die zur Familie der Orchideen gehören, sind ein Schmuck der frühsommerlichen Wiesen, vor allem, wenn sie in das tiefe Durcheinander nach helle oder rot weisse

Giftstreuende Flugzeuge gegen Heusprechen

Seit den ältesten Zeiten wurde Europa von den furchtbaren Verheerungen der Wanzenheuschrecke heimgesucht. Auch heute noch ist namentlich Mittel- und Osteuropa von dieser Gefahr bedroht. Ein geringes Auftreten von Schädlingen dieses Insekts kann die davon betroffenen Gebiete vollkommen verwüsten, so wie es in Südeuropa und Afrika der Fall ist. Die Wanzenheuschrecke verträgt sich mit keinem anderen Insekt, kann die anderen nicht ernähren und ist unmöglich zu bekämpfen. In solchen Fällen kommen nur die Flugzeuge dem Menschen zu Hilfe. Der Kampf mit diesen Ungeziefern ist sehr schwer und benötigt viel Mühe und Geld. An manchen Orten, z. B. in Spanien etc., wo die Menschen schwer eindringen kann, ist der Kampf mit ihnen fast unmöglich. In solchen Fällen kommen nur die Flugzeuge dem Menschen zu Hilfe. Der Kampf mit diesen Ungeziefern mittels Flugzeugen ist zuerst in Amerika aufgewendet worden. Man versuchte dort zunächst die Felder, wo diese Ungeziefern eingedrungen waren, durch flüssige Gifte zu besprühen. Aber ein gutes Resultat ergaben diese Sprüche nicht. Soach mochte man anstatt der flüssigen Gifte von pulverisierten Mitteln Gebrauch. Diese Verluste der Amerikaner wurden erst 1921 in Sovjetrußland bekannt. Von dieser Zeit an wurden ebenfalls auch damit Versuche gemacht. Sie ergaben, daß das pulverisierte Gift gute Resultate lieferte. Außerdem ist das pulverisierte Gift billiger als das flüssige.

Im Jahre 1924 hat sich in Buchara das Landwirtschaftskommissariat im Bereich mit den „Grenzen des Regenwinds“ und der Gelehrte Dobrovolt daran gemacht, diese Methode in größtem Umfang zu versuchen. Dafür wurden besonders

Dresden

Ein neuer Elbdampfer „Wehlen“

Mit einer gestern erfolgten Abnahmeschifffahrt wurde ein neuer Oberdeckdampfer der Sächsisch-Böhmisches Dampfschiffahrts-A.G. in Betrieb gestellt. Die Fahrt führte bis nach „Wehlen“, dessen Namen das Schiff trägt. Es ist die erste Neuwiedereinstellung seit dem Kriege, auch ein Zeichen der beginnenden Aufbaurettentwicklung. Am Sonnabend früh 8 Uhr wird der Dampfer mit der fahrtplanmäßigen Fahrt nach Herrnskretschken als Fischschiff in Dienst gestellt.

Sonderdampferverkehr zu Plauen

Um allenfalls eine glatte Ablösung des Verkehrs zu erzielen, wird die Sächsisch-Böhmisches Dampfschiffahrts-A.G. an den Plauener Bahnhöfen außer den im großen Sommersaisonplan vorgesehenen Fahrten noch folgende Sonderfahrschiffe verkehren lassen.

Auf der Strecke oberhalb Dresdens: Am 1. und 2. Feiertag früh 6.15 Uhr von Dresden nach Pirna, hier anschließend am Fahrt 4, vormittags 7.30 Uhr nach Herrnskretschken. Am 1., 2. und 3. Feiertag bedarfsmäßig bei schönem Wetter vormittags 9.15 Uhr von Dresden nach Rathen. Am 1. und 2. Feiertag wird Fahrt 15, fahrtplanmäßig nachmittags 4.30 Uhr von Dresden nur bis Rathen vorgenommen, bis Bob-Schandau ausgedehnt. Die planmäßige Fahrt 20, nachmittags 1.30 Uhr ab Leipziger, sonst nur bis Bob-Schandau verkehrend, Ankunft hier abends 7.05 Uhr, wie am 1., 2. und 3. Feiertag weitergeführt und geht in Rathen abends 8 Uhr auf Fahrt 20 über; Ankunft in Dresden abends 10.05 Uhr. Außerdem an allen drei Feiertagen zwischen Dresden – Plauenz nachmittags nach Bedarf halbstündiger Verkehr.

Auf der Strecke unterhalb Dresdens: Am 1. und 2. Feiertag wird Fahrt 25, nachmittags 1.30 Uhr ab Dresden, sonst nur bis Wehlen verkehrend, die Riesa ausgeführt. Weiter verkehrt an beiden Feiertagen nachmittags 4.30 Uhr ein Sonderdampfer von Dresden die Meissen und von hier zurück nach Dresden abends 1. Uhr. Ab Riesa verkehrt am 1. und 2. Feiertag ein Sonderdampfer, nachmittags 4.15 Uhr bis Wehlen, hier Anschluß an die planmäßige Fahrt 48, um 6 Uhr abends nach Dresden.

Luftpostbriefkästen in Dresden

Der Verkehrsrauschuss des Dresdner Verkehrsvereins hatte sich an die Oberpostdirektion Dresden mit der Bitte gewandt, in Dresden nach dem Vorbilde von Leipzig an befordernden verkehrsreichen Stellen, dort allem im Stadtgebiet, besondere Luftpostbriefkästen aufzustellen. Von der Oberpostdirektion ist folgende Antwort eingegangen:

„Die Ausbringung von Luftpostbriefkästen, die äußerlich leicht als solche zu erkennen sind, ist bereits in Aussicht genommen. Bei der leider geringen Benutzung der Luftpoststeinkästen durch die Dresdner Bevölkerung liegt aber eine ausgedehnte Verwendung jenseits noch nicht im Bedarfswinkel. Zunächst soll daher nur beim Postamt 1 (Postplatz), am Neustädter Bahnhof, auf dem Flugplatz in Kaditz und am Straßenbahnhof in Radebeul je ein Luftpostbriefkasten angebracht werden. Der Einzug der Räume ist in naher Zeit zu erwarten.“

Mit Rücksicht auf die Anhebung der mangelhaften Benutzung möchte der Verkehrsrauschuss nicht versiehen, zu recht lebhafter Verwendung der Luftpost anzuregen. Je stärker die Benutzung ist, um so eher werden auch an anderen Stellen in Dresden Luftpostbriefkästen aufgestellt werden, was wiederum die Benutzung der Luftpost erleichtert, anderseits aber auch zur Erhöhung des Flugverkehrs Dresden und somit des Verkehrs Dresden überhaupt beitragen wird.

Der Abgang der Luftpost nach Berlin steht 6.00 ab Postamt 1. Heute freilich nicht sehr günstig. Um so günstiger sind die Abgangszeiten nach Leipzig (Anschluß nach Thüringen, Thüringerland, Mühlbach), nämlich vormittags 11.30 Uhr, und nach Dresden nachmittags 1.35 Uhr, je ab Postamt 1. Die Luftpostgebühre beträgt innerhalb Deutschlands nur 10 Pf. für jeden Brief und jede Karte, neben dem gewöhnlichen Porto. Nur übersee ist aber nicht, die Sendungen mit dem deutlichen Verschluß „Mit Luftpost“ oder mit grünem Klebezettel mit dem Aufdruck „Mit Luftpost“ verlehen.

Mahnungen gegen das Reinemachse

Das Wohlfahrtspolizeiamt erläutert folgende Bekanntmachung: 1. Das Ausknöpfen von Teppichen, Jallen, Lüftern, Motten, Decken, Bettwäsche, Polstermöbeln und Matratzen darf im Freien, insbesondere in Höfen und Gärten, auf Balkonen, Veranden, Loggien und Dächer nur werktags, zwischen 8–11 Uhr vormittags, an den Sonnabenden außerdem von 4–8 Uhr nachmittags, geschehen.

2. Das Ausknöpfen, wie auch das bloße Ausstülpen der genannten Gegenstände ist zu jeder Zeit verboten: a) an offenen Fenstern, auf Balkonen, Veranden, Loggien und Dächen, falls sie sich über Fenstern oder Türen demontierter Räume befinden und sonst überhaupt, soweit sie nicht mehr als 6 Meter vom

Die Harth-Frage im Haushalt-Ausschuß

Die Regierung will verhandeln

Dresden, 28. Mai. Im Haushalt-Ausschuß B des Landtages wurde gestern der kommunistische Antrag, den Harthwald bei Leipzig zum Naturschuhpark zu machen, und ein Antrag der Volkspartei, die Verhandlungen in der Harthfrage zwischen der Regierung und den beteiligten Leipziger Kreisen wünscht, verhandelt. Von der Regierung wurde ein Plan vorgelegt, in dem die verschiedenen Stadien des beabsichtigten Abbaues unter der Harth und der Wiederaufrichtung dargestellt wird. Die Regierung beabsichtigt, eine Einigung mit den Leipziger Kreisen auf der Grundlage zu treffen, daß zunächst die in den Besitz der Sächsischen Werke übergegangenen Waldungen des Rittergutes Zöbigker dem Publikum zugängig gemacht und durch Anpflanzungen verstärkt werden sollen, noch bevor mit dem Abbau des Harthgeländes begonnen wird. Sofern dann ein Abbau der Harth erforderlich ist, soll er vom Süden her in großen Zeitabschnitten erfolgen, und nach Gewinnung der Kohle sollen sofort Ausschüttungen und Aufrüttungen vorgenommen werden, so daß mit einem allmählichen Vordringen des Abbaus nach Norden hin von Süden her nach und nach die Harth wieder neu erschönne. Ob diese Pläne in Wirklichkeit wieder einen Wald von dem Charakter der jetzigen Harth erstellen lassen können, ist natürlich zum mindesten noch sehr zweifelhaft. Der kommunistische Antrag wurde aber abgelehnt, die Koalitionsparteien stimmten gegen ihn. Der Antrag der Volkspartei auf Aufnahme von Verhandlungen wurde alsdann einstimmig angenommen.

Im Haushalt-Ausschuß B wurde bei Beratung der Entlastung, die 1.300.000 Mark für die weitere Materialbetreuung des ländlichen Staates an der Kraftverkehrsgeellschaft, A.G., fordert, von rechts Klage geführt über die Ausgestaltung der Reparaturwerkstatt der Kraftverkehrsgeellschaft, weil sie nicht nur der Reparatur der im eigenen Betriebe geführten Wagen dient, sondern weil in ihr auch Reparaturen von Karosserien gebauten für fremde Rechnung ausgeführt werden. Die Einstellung der geforderten Mittel wurde jedoch beschlossen.

Die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages

Dresden, 28. Mai. Das Sächsische Finanzministerium gibt in einer Verordnung bekannt: Nach einem Rundschreiben des Reichsministers der Finanzen an die Länderregierungen vom 22. Mai 1925 sind für die Bestimmungen über die Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 1. Juni an folgende Änderungen in Aussicht genommen: Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. Der steuerfreie Lohnbetrag (bisher zum Beispiel 60 RM. monatlich, 15 RM. wöchentlich, 3.10 RM. für volle Arbeitstage und 80 Pf. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden) erhöht werden. Erhöhung der Kinderermäßigungen. Die Ermäßigung des Steuerschafes von 10 v. H. in Beziehung auf minderwertige Kinder (und mittellose Angehörige) – bisher ließ je 1 v. H. – soll dünftig für das dritte und jede weitere Kind ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohns je 2 v. H. und für das zweite Kind, wenn der Arbeitslohn im Monat 250 RM. (in der Woche 62 RM.) nicht übersteigt, ebenfalls 2 v. H. bei höherem Arbeitslohn jedoch für das zweite Kind wie bisher nur 1 v. H. betragen. Die neuen Bestimmungen sollen für alle Lohnzahlungen gelten, die für eine nach dem 31. Mai stattfindende Dienstleistung bewirkt werden.

öffentlichen Straßenräume entfernt sind; b) in Vorgärten und Höfen, insoweit diese nicht mehr als 8 Meter vom öffentlichen Straßenraum entfernt sind; c) auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, mit Ausnahme der unten genannten Stellen.

Um folgenden, mit Teppichknöpfen versehenen Stellen ist das Ausknöpfen an Werktagen ohne die unter 1. genannte zeitliche Beschränkung bis auf weiteres gestattet: Rechts der Elbe: am Elbufer, oberhalb der Albertbrücke, auf der Elbwiese unterhalb der Königsbrücke; links der Elbe: am Zeltenweg, Wege des Ischternhofs Privatwegs.

Der landwirtschaftliche Kreisverein zu Dresden hält im Galhof „Cossebaude“ seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dr. König erstattet den Geschäftsbericht, und wie insbesondere auf das neue Schulprogramm hin, daß an Stelle der bisherigen einjährigen Pflichtzeit zum Besuch der landwirtschaftlichen Schule die dreijährige Dauer des Unterrichts steht. Die erwachsenen Kosten hat die Landwirtschaft zu tragen. In einer Entschließung wurde gegen diese Umgestaltung des landwirtschaftlichen Hochschulwesens schärfster Einspruch erhoben. Angesichts der Arbeitsnot und des Steuerdrucks sei der jetzige Zeitpunkt dafür denkbar ungeeignet. Die Landwirtschaft lehne die Ausbringung der nicht unerheblichen Kosten ab. Mittlerweile ist der Vogelsang, Ebersbach, sprach über Tierzuchtfragen. Mit einer Besichtigung des Rittergutes Weistropp und des Obstgutes Weistropp schloß die Tagung.

Der Verband Sächsischer Tischlermeister hält vom 18. bis 15. Juni seinen 18. Sächsischen Tischlermeistertag in Verbindung mit der 8. Jahreshauptversammlung des Landeslieferungsverbands Sächsischer Tischlermeister in Dresden ab. Am 15. Juni 3 Uhr ist eine Gesamtversammlung des Verbandes Sächsischer Tischlermeister und des Landeslieferungsverbands Sächsischer Tischlermeister im Restaurant Zoologischer Garten, um 7 Uhr ein Festommers, der von der Tischler-Zwangsinnung Dresden veranstaltet wird. Am 14. Juni findet die 18. Jahreshauptversammlung des Verbandes Sächsischer Tischlermeister und unmittelbar hieran anschließend die 8. Jahreshauptversammlung des Landeslieferungsverbands Sächsischer Tischlermeister statt. Außerdem ist eine Besichtigung der Ausstellung und am 15. Juni eine Dampferpartie nach Meißen geplant.

Der Wasserflugzeug-Anlegeplatz. Gestern kreuzte des östlichen Wasserflugzeuges in Dresden, das von Magdeburg herübergekommen ist, um an der Elbe in Dresden einen geeigneten Anlegeplatz zu ermitteln für die demnächst zu eröffnende neue Flugstrecke Dresden-Magdeburg-Hamburg, die mittels Wasserflugzeug in Betrieb genommen wird. Vermutlich dürfte der Anlegeplatz in der Gegend zwischen Albert- und Blasewitzer Brücke festgelegt werden, da für die weiteren Brücken die Spannungsspannung für das Flugzeug zu eng ist. Das Flugzeug wird in den nächsten Tagen mehrere Probeflüge unternehmen.

Offene Bürgschaftsstelle. Aufgabe Abschluß des Bürgschaftsgerichts, Herren Sanitätsrat Dr. med. Graupner, ist die

Fürsorgeanstalt im 4. Bezirk (Seevorstadt) sofort zu belegen. Nur Bewerbungen von Herren, die in dem Bezirk wohnen, können berücksichtigt werden. Bewerbungen mit Bezugsnachweise und einem ausgefüllten Fragebogen – der im Bürgschaftsamt, Landhausstraße 9, Zimmer 50, zu entnehmen ist – sind bis zum 6. Juni d. J. an das Bürgschaftsamt erbeten.

Geschäftszeit in den städtischen Kanzleien und Räumen am 30. Mai 1925. Am Freitagabend sind die städtischen Kanzleien nur bis 12 Uhr, die städtischen Räume nur bis 11 Uhr vormittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.

Von der Stadtbahn. Vielfachen Wünschen entsprechend wird die bisher Antonstraße 41 befindliche Kassenstelle Neustadt in dieser Woche in die innere Neustadt verlegt. Die Geschäftsräume dieser Kassenstelle befinden sich ab Freitag, den 29. Mai, im Grundstück Hauptstraße 5, Erdgeschoss. Ebenfalls am Sonntag, den 6. Juli, 11 Uhr vormittags auf dem Dresden-Garnisonplatz eine schlichte Gedenkstätte für jene Gefallenen. Alle ehem. 47er und ganz besonders die Angehörigen der Gefallenen werden zu dieser Feier herzlich eingeladen. Am gleichen Freitag nimmt eine Ehrenkompanie des 10. (Sächs.) Inf.-Regts. teil. Am Nachmittage findet Wiedersehensfeier des alten 47er im Palmengarten, Petersstraße, statt. Antragen sind zu richten an Hans Saive, Dresden, Bauplatz 59.

Rotschuh. Wie vor Ostern und ähnlich der Konfirmation, so ist auch gegenwärtig, angesehliche der kommenden Rotschuh die Nachfrage in der Verkaufsobermittlungsstelle des Stadtbundes im Rotschuh des Neuen Rathauses seitens der Käufer eine ziemlich rege. Besucht werden vor allem Koffer und andere Reisegegenstände, Wirtschaftsgegenstände (Waschzimmen, Küchenmöbel und Zelte, Tennis- und andere Sportartikel, Bett- und Tischwäsche). Für Geschenzwecke sind außerdem nach wie vor viel begehrte ältere Bestecke und Löffel.

Bergebung von Buchbindarbeiten. Die Ausführung der für die städtischen Kanzleien erforderlichen Buchbindarbeiten soll außerweit und zunächst auf 1 Jahr vergeben werden. Bewerber, die das Buchbinderehandwerk in Dresden als stehendes Gewerbe selbstständig betreiben, haben Preisangaben und Lieferungsbedingungen bei unserer Wirtschaftsverwaltung – Neues Rathaus, Eingang an der Kreuzkirche 5, Erdgeschoss, Zimmer 29 – zu entnehmen und die ausgefüllten Angebotslisten in verriegeltem und mit Aufschrift „Preisangebote für Buchbindarbeiten“ zu verschließend Umschläge nebst den erforderlichen Probebinden derselbst bis spätestens eine Stunde vor dem Dienstag, den 23. Juni 1925, vormittags 9 Uhr im Neuen Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer 223, stattfindenden Eröffnungstermine, zu dem die Bewerber oder deren Bevollmächtigte Zutritt haben, wieder einzutreten. Die Bewerber bleiben bis 31. Juli 1925 an ihre Angebote gebunden.

Auszeichnung durch die Gewerbeammer. Die Gewerbeammer Dresden verließ auf einstimmigen Beschluß ihrer Voll-

und wird nun von Breitenbach ins neue Pfarrhaus überstiegen, so daß nun alle Pfarrämter und Seelsorgesamgelehenheiten an das katholische Pfarramt zu Schwarzenberg-Wildenau zu richten sind.

Wenn nun trotz der Geldknappheit, trotz mannigfacher anderer Beschwerden das erste Ziel erreicht ist, so ist das nächste Gottes Hilfe der aufopfernden und umsichtigen Arbeit des Herrn Pfarrers Walter, dem Opfermut der Gemeinde und der Hilfsbereitschaft so vieler Männer, die ihr Schatzlein dazu geben, zu danken. Am Fest Christi Himmelfahrt hatte das Kindlein einen neuen Freudentag. 8 Knaben und 8 Mädchen standen, geschmückt mit dem Grün der treuen Mutter, in der Hand die brennende Kerze, am Altar und erneuerten das Bekennnis der Kreuzaufzehrung der heiligen katholischen Kirche; sie empfingen ihre erste heilige Kommunion. — Schl. —

Theater und Musik

Staatsoper. 2. Gastspiel der Opernstagone. Auch diesmal werde ich mich auf einige Worte beschränken, um den zweiten Abend dann in einem umfassenden Rückblick nochmals herauszubringen. Die beiden Werke des heutigen Abends „Sizilianische Bauernehre“ und „Balagio“ standen auf einem höheren Niveau als der „Barbiere“. Freilich kann man sich auch heute nicht so ohne weiteres der Begeisterung unterwerfen, die man den Geistern zollte. Wirklich auffällig waren mit nur zwei Leistungen, die „Sontuzza“ von Eva Turner und der „Tonio“ von Riccardo Bonelli. Was man sonst hörte, ging absolut nicht über eine gute Durchschnittsleistung hinaus. Doch auch hierüber wird noch dies und jenes zu reden sein. Weiter auffällig waren die Tampi, die Tziglo-Tango wählte. Man war bestremt, daß sich hier südlisches Temperament beinahe in schwerer Weise umsetzte. Die Opernhausbesucher waren auch heute abend begeistert und gaben davon Zeugnis, daß alles „Fremdländische“ mit besonderem Jubel quillierte. Der Besuch war jedoch recht möglich.

Am Zentraltheater wird Tito's Moskauer Kammertheater unter Leitung seiner Direktoren Alexander Tairoff und Marholam am 1. Juni ein kurzes Gastspiel mit der Aufführung der lustigen Operette „Grosje-Grosje“ eröffnen.

Der Heldentenor der Dresdner Staatsoper, Herr Karl Janek-Hoffmann, hat Mittwoch in Prag den Tannhäuser gelungen und wie Donnerstag in Brünn den Bohrano und am Sonnabend, den 30. d. M., gelegentlich der Internationalen Fest-

veranstaltung für Auslandsdeutsche in Innsbruck den Triumphen.

Staunend billige

Herren- und Damenbekleidung

Anzüge: gut verarbeitet, hochmodern, von fadellosem Sitz

45.—, 55.—, 45.—, 35.—, 19.—

Mäntel: 30.— 40.— 30.—

Schwedenform

Hosen: 12.— 8.— 6.50, 3.50

aus guten Stoffen

Ein Posten Stoffreste:

140 cm breit,

passend für Anzüge, Kostüme und Mäntel,

per Meter 4.—, 4.—, 2.—

Damen- Mäntel 45.—, 25.—, 15.—, 7.50

Kinder- Kleider 25.—, 15.—, 10.—, 4.50

Kasacks • Blusen • Röcke

12.—, 8.50, 4.50, 1.90

Auf Wunsch Zahlungserleichterung!

22 Textil-Starer 22

Dresden-A., Gruner Straße

nur erste Etage

Hausnummer 22 beachten!

Das neue Pfarrhaus zu Schwarzenberg-Wildenau
Wer von Schwarzenberg dem Wildenauer Friedhof zugänglich gleich hinter dem Friedhof der Wildenauer Papierfabrik ein neu erbautes Haus. Ein Fachwerkbau ist es, und man könnte meinen, ein im Landhaustil erbauter Familienhaus vor sich zu haben. Aber bald wird man durch die angebrachte Bautafel eines besseren belehrt. Bauherr: Katholische Kirchengemeinde Schwarzenberg, steht da zu lesen. Also ein katholisches Pfarrhaus ist es. Eigenartig! Man würde in diesem ruhig und ernst wirkenden Neubau gleich neben dem flutenden Leben einer Fabrik kaum ein katholisches Pfarrhaus, noch viel weniger ein katholisches Gotteshaus vermuten. Und doch ist es so. Da die hymne der Arbeit – hier das Deum laudamus! Ein echt katholischer Gedanke ist das, der nur dadurch durchdringt, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft jegliches Christentum leugnet, seines Inhaltes bereichert ist.
Noch zu Beginn des Marzenmonats war der Besucher der Kapelle enttäuscht. Nicht etwa über die Einschätzungen, nein, auch der prächtige Schmuck des Raumes hätte können für einen Katholiken das Gefühl der Zweite nicht bestimmen. Das Geheimnis des ewigen Lichtes besaß alles. Heute aber zwinge uns die göttliche Majestät am Tabernakel auf die Knie, heute hündet uns das Licht der verzehrenden Liebe, daß der Heiland Einzug gehalten hat in sein einfaches, schlichtes Krichlein in Schwarzenberg.
Am 17. Mai war es. Maientauber, Frühlingsglück lag in den Herzen der Schwarzenberger Katholiken. Schnell

versammlung am 25. Mai 1925 in Anerkennung hervorragender Verdienste um Handwerk, Gewerbe und Handel und um die Kammer selbst an verschiedene Persönlichkeiten ihr tragbares Ehrenzeichen. Unter anderen erhielten die Herren Fleischer-Obermeister Hugo Wöhrel, Bäcker-Obermeister Landtagsabgeordneter Hugo Kunzsch und Baudogisten-Obermeister Carl Wendisch im Dresden das Ehrenzeichen in Gold am weiß-grünen Bande.

Betrüger. Zwei Unbekannte gaben am 12. Mai rechts einem Druckschulz einer nicht mehr kursfähigen meistischen 10-Pfölschein in Zahlung. Vor den Betrügern wird gewarnt. Im Wiederholungssalle wolle man sie der Polizei übergeben.

Sammellistenbetrüger. Unter Vorlegung einer Sammelliste, die mit einer Briefverdächtigen der Andreaskirche versehen ist, spricht ein Unbekannter, etwa 30-35 Jahre alt, bekleidet mit hellgrauem Anzug und steuem Strohhut, um Gaben für Waisenkinder an. Im Wiederholungssalle wolle man ihn der Polizei übergeben.

Aus Sachsen

Ein ausichtsreicher Lebensberuf

Dresden, 28. Mai. Zu den in der Polizeischule schenologe Jägerhäusern in Meissen stattfindenden Lehrgängen für Polizei-Beamte werden noch Anwärter eingestellt. Nach erfolgter Ausbildung, die ungefähr ein Jahr dauert, werden die Anwärter geschlossen in eine größere Stadt versetzt und dort nach und nach in den Vollzugsdienst eingeführt. Die Besoldung des Anwärters erfolgt nach Gruppe 2 der sächsischen Besoldungsordnung. Für Verpflegung und Wohnung werden nur geringe Beträge einbehoben. Die Dienstkleidung ist frei.

Jedem Polizeibeamten steht der Aufstieg in alle Stellen des Polizeivollzugsdienstes, auch in die Polizeioffiziersstellen, offen. Den Nachweis für die Fähigung für hervorgehobene

Stellen hat der Polizeibeamte durch Prüfungen darzutun. Zur Vorbereitung für die Prüfungen während der Dienstzeit dient der Besuch der in allen Standorten eingerichteten Polizeibeamteschulen oder die Teilnahme an besonderen Lehrgängen.

Nach Ablauf der 12-jährigen Dienstzeit, zu der sich der Eintrittende verpflichten muß, erwirkt der Polizeibeamte den Polizeivollzugschein, der ihm nach Mäßgabe der Grundfahne für die Anstellung der Inhaber eines Verfolgungsscheins vom 26. Juli 1922 berechtigt, sich für die den Verfolgungsbeamten vorbehaltenen Stellen im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst, zum Beispiel bei der Reichsbahn, Reichspost, Reichsfinanzverwaltung, zu melden, wobei sie für die Verfolgungsstellen des polizeilichen Büro- und Vollzugsdienstes den Vortzug genießen. Daneben wird ihnen und ihren Hinterliebenen auch die sonstige Verfolgung nach dem zu erwartenden Landespolizeivollzugsdienst gewährt.

Vor die Einstellung müssen sich die Bewerber einer polizei-ärztlichen Untersuchung und einer einfachen Allgemeinprüfung unterziehen, die bei der dem Wohnort des Gesuchstellers am nächsten liegenden Dienststelle der Landespolizei erfolgen. Zeit und Ort werden dem Bewerber nach Durchsicht der eingerichteten Unterlagen schriftlich bekannt gegeben. Für die in Meissen und dessen Umgebung wohnenden Bewerber findet die ärztliche Untersuchung und die Aufnahmeprüfung in Meissen bei der Polizeischule statt. Die Gefahr um Einstellung sind zu richten an die Landespolizeischule in Meissen, Hauptmeldestelle.

o Bamberg, 27. Mai. (Kleiner Tag) Das ehemalige Reichsamt. Regt. 212 ruft alle ehemaligen Kameraden, Eltern und Angehörige seiner leeren Gefallen für den Pfingstag nach

Bamberg zusammen. Beschriftet: Pfingstsonnabend 8 Uhr abends Sommerfest in den Kronenjälen; Pfingstmontag fehlt 7 Uhr Wedenz 11 Uhr vorm. Abendgottesdienst auf dem Ehrenhain des Tannefriedhofes, anschließend Entzündung eines Gedenkfeuers; 2-6 Uhr nachm. Treffen in den Standquartieren der Bataillone; 6 Uhr geselliges Beisammensein mit musikalischen und sonstigen Darbietungen in der Kaserne; Pfingstmontag: Führungen durch Alt-Bamberg und Ausflüge in die heimliche Umgebung. Der Beitrag 2,90 Mark. Von vielen Stationen Sonntagsfahrtzie, Anmeldungen, soweit noch nicht geschehen, an Hans Kästner Bonzen, Losübiger. 1.

o Langenau bei Freiberg, 28. Mai. In einem zum Altersgute Oberlangenau gehörigen Hause brach heute morgen kurz nach 2 Uhr ein Feuer aus. Das Haus und die anstoßende Scheune brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Leider ist auch ein Menschenleben ein Opfer der Flammen geworden. Ein 16jähriger Jugendlicher erlitt darin den Tod, während eine Frau Brandwunden erlitt. Das Mobiliar konnte zum Teil gerettet werden, jedoch ist Kleinrich in den Flammen umgekommen.

o Triesen, 28. Mai. (Abendstätt.) Im Steinbruch in Altenhain stürzte der 30jährige Steinsetzler Heinrich ab und wurde nur als Leiche aufgehoben weichen.

Gemeinde- und Vereinswesen

o Volksverein für das katholische Deutschland Bernstadt 1. Sa. Die nächste Versammlung findet am 11. Juni statt. Auf der Tagesordnung stehen: Ausgabe Heft 1 und 2 des A. B. Bericht von der Bezirkskonferenz in Hirschfelde, Katholikentag in Schirgiswalde, und ähnliche Angelegenheiten.

Complimentierfeier: Dr. Josef Ritter. Sonnabend für Sozial und Kultur: Dr. Josef Ritter; für Wissenschaft, Soziopolitik, Kirchliche und ähnliche Angelegenheiten: Dr. Rommels; für den politischen Nachrichten, Beurteilung und den kulturellen Beiträgen: Dr. Gerhard Pöhl; für Künste: Herr Professor Robert Böckeler; katholisch für Landwirtschaft: Rudolf Weißmann; katholisch für Landwirtschaft: Rudolf Weißmann. Schmiede

Spottbillige Bettwäsche
fertig genäht
Bettbezüge in 400 Nessel, 2 m lang 4-50
Bettbezüge i. b. 50 od. weiß, 2 m lang 5-70
Betttücher, große 270 Auswahl 1-2 an
Bettbezüge in Damast u. Stangenleinen, beste Qualität, sehr preiswert
Innlets 12,00 und 8-
Handluchstoff 40,- Meter von 4 an

Leibwäsche
Damenhemden von 95-125
Hosen von 125
Nachthemden von 90
Unterhosen von 75-100
Hemdshosen von 20
Prinzenbröcke von 20
Männerhemden von 125
Reste in Damast Stangenleinen Linon, Hemdentuch Züchen, Nessel besond. preiswert
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Textil - Starer
22 Dresden - A. Grunaerstr. 22
Laden
Haussnummer 22 beachten!

Alle Drucksachen
liefern prompt und sauber
Saxonia - Buchdruckerei, Dresden 16

Hierdurch die traurige Nachricht, daß heute mein lieber Mann, unser Vater, Herr Vertreter

Hermann Ammon

nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

In tiefster Trauer
Im Namen aller Hinterbliebenen
Johanna Ammon.

Dresden, Tonbergstr. 10, den 27. Mai 1925.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 1/2 Uhr auf dem äußeren katholischen Friedhof statt.

Herrenstoffe
Kotlumitstoffe, Mantelstoffe, Sportsstoffe
Konfirmanten- und Knabenstoffe

Großer Pfingst-Verkauf

Auf Kredit

Teilzahlung
gegen wöchentl. — 14-tägige oder monatliche

Auf Kredit

Anzüge

Mäntel

Schuhe

Mäntel

Kleider

Hosen

Windjacken

Gummimäntel

Kostüme

Röcke

Meine Zahlungsbedingungen

Kredit bis 20 Mk. Kredit bis 50 Mk. Kredit bis 100 Mk.

Anzahlung . . . 6 Mk.
Wochenrate . . . 1 Mk.

Anzahlung . . . 16.00 Mk.
Wochenrate . . . 2.50 Mk.

Anzahlung . . . 33 Mk.
Wochenrate . . . 5 Mk.

Strengh reelle solide Preise!

Wallstr. 4 Schwarz 4 Wallstr.

Dresden - A.

Wallfahrt nach Rosenthal und Kloster Marienberg am 2. Juni (3. Pfingstfeiertag) unter gelehrter Führung.

Abfahrt von Dresden Hauptbahnhof 2.20 Uhr, vom Weißenfels Bahnhof 2.25 Uhr, vom Dresden-Kreuztadt 2.30 Uhr 12 km auf dem Automobil 1.70 M. Kreuztadt umsteigen. Um 7 Uhr in Rosenthal Kommunionfeier.

Wallfahrt von Elstra 5.37 Uhr abends.

Sonderwagen stehen zur Verfügung.

Rosenkrantz und Laudate mitbringen! Alle Katholiken Dresdens und der Umgebung, besonders die Marienkirche Jungfrauen-Kongregationen, seien hiermit freudlich eingeladen.

Herrmann Ammon

erfolgt Sonnabend den 30. Mai nachm. 1/2 Uhr auf dem äußeren katholischen Friedhof. Um zahlreiche Beteiligung bitte!

Kath. Bürgerverein zu Dresden.

Die Beerdigung uns. langjähriges Mitgliedes, des Herrn

Hermann Ammon

erfolgt Sonnabend den 30. Mai nachm. 1/2 Uhr auf dem äußeren katholischen Friedhof. Um zahlreiche Beteiligung bitte!

Der Vorstand.

Billige böhmische Bettfedern!

1 kg graue geschlossene

— R.-M., halbweisse 4-

R.-M., weiße 5 — R.-M.,

bessere 6 — R.-M., 7 —

R.-M., daunenweiche 8 —

R.-M., 10 — R.-M., beste

Sorte 12 — 14 — R.-M.

Versand franko zollfrei

gegen Nachnahme. Muster frei.

Umtausch und Rück-

nahme gestattet.

Benedikt Sadzel, Löbauer Str. 923

b. Pilsen, Tschechoslowakei

Tymians Thalia-Theater
Dresden - Neustadt, Gäßchenstr. 6, Linien 5, 7 und 9
— Fernsprecher 14380 —
Das besuchteste u. beliebteste Theater Dresdens
Trotz kleiner Eintrittspreise, Vorzugskarten gültig

Edle Feidschnucken-Lämmer
drollige Spielgefährten für Kinder, genügsam, anhänglich, im Herbst delikater Braten, auf schlechter Weide fett verdead, versendet unter Garantie lebend Ankuft pro Stück 12 Mk., ausgesuchte Zuchtlämmer 15 Mk., Käfig für 2 Tiere 2 Mk. 1549
Carl Jördens, Munster (Lüneb. Heide).

Für Pfingsten!
Loden-Mäntel
Loden-Pelerinen
Loden-Anzüge
Loden-Kostüme
Loden-Joppen
Sport-Anzüge
Gummi-Mäntel
Windjacken
in großer Auswahl

Sporhaus

Josef Fiedtl, Dresden

Schloßstraße 23 (neben Schloß) Fernruf 28015

Perlen-Spezial-Geschäft - Fl. Kreibichs Nachfolger

Inh. A. verw. Zenker, Dresden, Sporergasse 2

Alle Arten von Perlen, Holzperlen und Schmuck

Regina-Palast

tägl. 1/2 Uhr

Das große Programm

tägl. 4-Uhr-Tee bei freiem Eintritt

Herrenstoffe
Kotlumitstoffe, Mantelstoffe, Sportsstoffe
Konfirmanten- und Knabenstoffe

Zuchthaus Börschel
Dresden - A. • Scheffelstraße 19

Gutterstoffe, Manchester, Tennisstoffe

Billard-, Bill- und Uniformstoffe